

Antiimperialismus heute.

Seminar der AG „Antimilitarismus“ der SDAJ

Reader mit Klassikertexten,
Schulungsmaterial und aktuellen Analysen,
inkl. Werkzeug- und Arbeitsfragen

INHALT

I.	Einführung in die Grundlagen des Kolonialismus und Neokolonialismus	02
II.	Die Theorie nationaler Befreiungsbewegungen	14
III.	Antiimperialismus heute: Besatzungsrealität und Gegenkräfte	28

Wochenendseminar
22. und 23. September 2007
„Alte Schule“, Fredelsloh

I. Einführung in die Grundlagen des Kolonialismus und Neokolonialismus

Werkzeugfragen:

1. *Wie entstanden die nationalen Befreiungsbewegungen? Wodurch charakterisieren sie sich und was macht sie „national“?*
2. *Welche Wandlungen hat der Kolonialismus in der Geschichte durchgemacht? Welche Rolle spielt dabei der Kapitalexport und wie wirkte er sich auf die Völker in den Kolonien aus?*
3. *Wie unterscheiden wir die zwei Arten von Nationalismus? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?*

Arbeitsfragen:

4. *Welche Rolle spielen die Kolonien für den Imperialismus und die fortgeschrittenen Länder?*
5. *Cecil Rhodes behauptet der Imperialismus wäre die Lösung der sozialen Fragen. Tatsächlich verbesserten sich die Lebensbedingungen der englischen Arbeiter im Schnitt. Wie bewertest du das?*
6. *Heute gibt es offiziell keine Kolonien mehr. In der Schule lernen wir sogar, dass sich der Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg aufgelöst hätte. Haben wir die Zeichen der Zeit nicht erkannt oder warum reden wir über Kolonialismus und Imperialismus?*

Die Entstehung der Nationen

aus: SDAJ (2006): Grundlagenschule. S. 51.

Wie alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen untersucht der Marxismus auch die Nationen in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Sie sind an die Entstehung des Kapitalismus gebunden, um einen inneren Markt für den Warenabsatz zu schaffen. Dabei galt es vor allem, die Kleinstaaterei mit ihren Zollschränken zu überwinden. In allen europäischen Ländern entwickelten sich deshalb mit Beginn des 18. Jhds Bewegungen, die von der damals fortschrittlichen Bourgeoisie geführt, für den Zusammenschluss der Nation und die Bildung von Nationalstaaten eintraten. Die gemeinsame Sprache ist dabei ein wichtiges Moment, genauso wie eine gemeinsame Kultur. „Die Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“ (Stalin, Marxismus und nationale Frage, 1913)

Um Missverständnissen vorzubeugen sei hierzu folgendes ergänzt: Unter einer Nation verstehen wir eine „Gemeinschaft von Menschen“, die nicht verwechselt werden darf mit dem bürgerlichen Nationalstaat. So gibt es eine Reihe von Nationen ohne eigenen Staat (z.B. Kurdistan). Zur „psychischen Wesensart“ ist anzumerken, dass diese natürlich nicht biologisch bedingt ist, sondern sich historisch durch verschiedene Faktoren entwickelt hat und natürlich im Verlauf der weiteren Entwicklung veränderbar ist.

Bourgeois und Proletarier

aus: Marx, Karl u. Friedrich Engels (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Dies. (1983): *Ausgewählte Werke, Bd. 1. Frankfurt am Main. S. 420-421.*

[...] Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation¹ des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden.

An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. [...]

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde. [...]

Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert², die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie³.

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem

¹ Exploitation = Ausbeutung (Die hier gemachten Anmerkungen sind immer von der Antimil-Ag. Fußnoten aus den Originaltexten wurden nie übernommen).

² agglomerieren = zusammenballen.

³ Douanenlinie = Grenze.

Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.

Wie entstanden die nationalen Befreiungsbewegungen?

aus: Achenbach, Vera u. Peter Katzer (1980): Grundwissen für junge Sozialisten. Dortmund. S. 509-510.

Die nationale Befreiungsbewegung als Kampf der Völker um ihre politische, soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit ist in der geschichtlichen Epoche entstanden, als die Völker ganzer Kontinente, insbesondere Lateinamerikas, Asiens und Afrikas Kolonien wurden. Wo immer seit dem 16. Jahrhundert die Portugiesen, Spanier, Briten, Franzosen, Deutschen oder Holländer ihre Kolonien »gründeten«, kam es - wenn auch nicht immer von Anfang an - zu Aufständen der »Eingeborenen«, die von den Kolonialherren über Jahrhunderte hinweg blutig niedergeschlagen wurden. Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Kolonien in Lateinamerika bereits ihre Unabhängigkeit erringen, gewinnt Afrika, dessen Aufteilung unter die europäischen Kolonialmächte nun abgeschlossen wird, als Rohstofflieferant für die »Mutterländer«, zunehmend auch als Absatzmarkt für industrielle Massengüter und schließlich als Kapitalanlagemöglichkeit Bedeutung. [...]

Je umfassender die koloniale Unterdrückung alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt, Bauern und Arbeiter ebenso wie Handwerker, Händler und die nationale Bourgeoisie politisch entmündigt, die Entwicklung einer nationalen Kultur, Bildung, Religion usw. unterbindet, um so breiter und allgemeiner wird der Kampf gegen die Kolonialherren. Er wird nicht mehr nur von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen für besondere Ziele (z.B. von Priestern gegen die christlichen Missionare) oder gegen besonders brutale Unterdrückungsmaßnahmen geführt. Immer mehr gewinnt der Kampf nationalen und antikolonialen Charakter - die entscheidende Voraussetzung für eine starke und siegreiche nationale Befreiungsbewegung.

Proletarier und Kommunisten

aus: Marx, Karl u. Friedrich Engels (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies. (1983): Ausgewählte Werke, Bd. 1. Frankfurt am Main. S. 435-436.

[...] Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit

dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.

Erläuterung zum Programm

aus: Lenin (1924): Entwurf und Erläuterung eines Programms der sozialdemokratischen Partei. In: Ders. (1960): Über die nationale und die koloniale nationale Frage. Berlin. S. 13-14.

[...] Den Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse führen gegenwärtig bereits die Arbeiter aller europäischen Länder, desgleichen die Arbeiter Amerikas und Australiens. Die Vereinigung und der Zusammenschluß der Arbeiterklasse beschränken sich nicht auf ein Land oder eine Nationalität: die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder verkünden laut die völlige Gleichheit (Solidarität) der Interessen und Ziele der Arbeiter der ganzen Welt. Sie versammeln sich auf gemeinsamen Kongressen, richten gemeinsame Forderungen an die Kapitalistenklasse aller Länder, bestimmen einen internationalen Feiertag für das gesamte vereinigte, seine Befreiung erstrebende Proletariat (den 1. Mai) und fassen die Arbeiterklasse aller Nationalitäten und aller Länder zu einer großen Arbeiterarmee zusammen. Diese Vereinigung der Arbeiter aller Länder wird dadurch zur Notwendigkeit, daß die die Arbeiter beherrschende Kapitalistenklasse ihre Herrschaft nicht auf ein Land beschränkt. Die Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern werden immer inniger und ausgedehnter; das Kapital wandert beständig aus einem Land in das andere. Die Banken, diese gewaltigen Lager von Kapitalien, die das Kapital von überall herholen und als Darlehen an die Kapitalisten verteilen, werden aus nationalen zu internationalen Banken, sammeln Kapitalien aus allen Ländern und verteilen sie an die Kapitalisten Europas und Amerikas. Schon werden gewaltige Aktiengesellschaften zur Errichtung kapitalistischer Unternehmen nicht mehr bloß in einem Land, sondern zugleich in mehreren Ländern gegründet; es entstehen internationale Gesellschaften der Kapitalisten. Die Herrschaft des Kapitals ist international. Darum ist auch der Befreiungskampf der Arbeiter aller Länder nur dann erfolgreich, wenn er ein gemeinsamer Kampf der Arbeiter gegen das internationale Kapital ist. Darum sind sowohl der deutsche als auch der polnische und der französische Arbeiter die Bundesgenossen des russischen Arbeiters im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse, genauso wie andererseits sowohl die russischen als auch die polnischen und die französischen Kapitalisten seine Feinde sind. So überführen in der letzten Zeit die ausländischen Kapitalisten ihre Kapitalien besonders gern nach Rußland, errichten hier Filialen ihrer Fabriken und Betriebe und gründen Gesellschaften zur Errichtung neuer Unternehmen in Rußland. Sie stürzen sich gierig auf das junge Land, in welchem die Regierung gegenüber dem Kapital so wohlwollend und diensteifrig ist wie nirgends sonst, in welchem sie in geringerem Maße vereinigte, zum Widerstand weniger fähige Arbeiter finden als in Westeuropa und in welchem das Lebensniveau der Arbeiter und daher auch ihre Arbeitslöhne weit niedriger sind, so daß die ausländischen Kapitalisten gewaltige, verglichen mit ihren heimischen Verhältnissen, unerhörte Gewinne einstecken können. Das internationale Kapital hat seine Hand bereits auch nach Rußland ausgestreckt. Die russischen Arbeiter strecken ihre Hände der internationalen Arbeiterbewegung entgegen...

Veränderte Bedingungen durch den Imperialismus

aus: SDAJ (2006): Grundlagenschule. S. 52.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine reaktionäre Phase, den Imperialismus, veränderte sich auch die Grundlage für den proletarischen Internationalismus und er musste weiterentwickelt werden. Durch die Herausbildung der Monopole⁴ und des Finanzkapitals⁵ und mit ihnen des Kapitalexports änderte sich die ökonomische Situation der abhängigen Länder und der imperialistischen Länder untereinander. Die ökonomische Aufteilung der Welt betonierte schon zu Beginn des 20. Jhds das imperialistische System. Wenige Staaten beuten den Rest der politisch abhängigen, wie unabhängigen Länder aus. Möglich ist dies nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Macht der Monopole. Sie nutzen auch die politische und militärische Macht ihrer imperialistischen Staaten, um im Warentausch zusätzliche Profite zu bekommen. Über diesen so genannten nichtäquivalenten Warentausch sichern sich die Monopole zusätzlichen Profit aus dem Mehrwert, den die Arbeiter in den abhängigen Ländern schaffen. Mittel zur Ausbeutung durch das Finanzkapital war von Anfang an das Kreditsystem. Heute durchgeführt von IWF und Weltbank wird dadurch in den abhängigen Ländern Mehrwert gestohlen und in die Zentren umgeleitet. In diesem System spielt auch der zeitweise Nachlass von Schulden keine Rolle. Diese sind zum einen meistens durch staatliche Bürgschaften für die Banken gesichert, so dass sie von den Arbeitern der Zentren (die ja hauptsächlich zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen) gezahlt werden. Zweitens wird das System dadurch erst wieder in Gang gebracht. Durch neue Schulden werden die abhängigen Länder immer tiefer in die Abhängigkeit getrieben und damit die steigenden Profite des Finanzkapitals gesichert. Aus eben diesen Profiten kann dann auch die Arbeiteraristokratie in den Zentren bestochen werden.

Kapitalexport

aus: ebd.: S. 27.

Das angehäuften Kapital wuchs derart an, dass es zu einem gewissen Teil nicht mehr profitabel in den Heimatländern der Monopole angelegt werden konnte. Zeitgleich zur Entstehung dieses Kapitalüberschusses entstand die Möglichkeit zum Kapitalexport in andere Länder, d.h. das Investieren von Kapital ins Ausland⁶. Dies waren zunächst die bereits früher eroberten Kolonien. Dort wurden Eisenbahnen und andere Verkehrswege und Infrastruktur fertig gestellt oder gebaut, die einen internationalen Waren- und Kapitalstrom neuen Ausmaßes ermöglichten. Die bereits früher kolonisierten Länder wurden damals in den Warenaustausch mit den kapitalistischen Ländern einbezogen. Der Imperialismus änderte diese Rolle dahin, dass sie nun

⁴ Monopol: Wenige Großkonzerne, die faktisch ganze Branchen beherrschen. Sie teilen die Märkte unter sich auf und bestimmen so die Preise.

⁵ Finanzkapital: Zu Beginn des 20. Jhd. aus der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital entstandene, herrschende Gruppe innerhalb des Monopolkapitals, welche die wichtigsten Bereiche der ganzen Wirtschaft kontrolliert.

⁶ Der Kapitalexport dient dabei der Profiterzielung und wirtschaftlichen Durchdringung anderer Länder (nicht nur in der sog. "Dritten Welt"), z.B. durch Beherrschung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten, als auch der Durchsetzung politischer und militärischer Ziele. Er ist ein Wesensmerkmal des Imperialismus und erfolgt durch Beteiligungen an ausländischen Firmen, der Errichtung von Tochterfirmen im Ausland oder der Vergabe von Aktienanteilen. Als eine lautlose Form der Expansionspolitik findet er z.B. durch staatliche Entwicklungshilfe und Anleihen oder durch private Direktinvestitionen, vor allem der Großkonzerne statt. Als eine Methode des Neokolonialismus äußert er sich vor allem in Form von Gemeinschaftsprojekten mit ausländischen Firmen. Für das "Heimatland" ist z.B. die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Betriebsverlagerungen ins Ausland eine der negativen Folgen.

auch in die Produktion einbezogen wurden. Das in den kapitalistischen Metropolen überschüssige Kapital floss in die Kolonien und versklavte die abhängigen Völker ökonomisch. Zum einen durch den extrem niedrigen Lohn, der den Monopolen Extraprofite sicherte, zum anderen wurden die abhängigen Länder als Lieferanten für meist nur wenige Rohstoffe benutzt, so dass sich keine selbstständig entwickelnde Wirtschaft bilden konnte. Diese Tendenz ist nicht neu, hat sich aber seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts enorm gesteigert.

Die Ausbeutung der Lohnarbeiter der Kolonien ist entweder direkte Ausbeutung durch ausländische Monopole, oder Gewährung von Krediten an einheimische Kapitalisten, also indirekte Ausbeutung. Dies erfordert meist auch eine indirekte politische Herrschaft durch reaktionäre Regierungen und Monarchien. In jedem Fall erfordert der Kapitalexport einen Kampf der Monopole gegen

Unabhängigkeitsbewegungen der abhängigen Länder.

Überschüssiges Kapital wird jedoch auch in entwickelte kapitalistische Länder exportiert und dort angelegt. Damit entstehen international zwei besonders wichtige Arten von Beziehungen zwischen den Ländern: Das Verhältnis zwischen der Monopolbourgeoisie und den ausgebeuteten Völkern der unterentwickelten Länder auf der einen Seite und das Verhältnis zwischen den Monopolbourgeoisien der entwickelten Länder selber beim Kampf um die besten Anlagemöglichkeiten.

Die Aufteilung der Welt unter den Monopolen

aus: ebd.: S. 27.

Das Auftreten gigantischer Unternehmen auf dem Weltmarkt führte zu einem internationalen Konkurrenzkampf. Was auf nationaler Ebene möglich wurde, die Aufteilung des Marktes mit Hilfe von Absprachen, entstand auch auf internationaler Ebene. Unternehmen der jeweiligen Branche schlossen einzeln Vereinbarungen ab oder bildeten Kartelle, die den Weltabsatzmarkt und die Rohstoffquellen untereinander aufteilten. Diese Absprachen sind immer nur von begrenzter Dauer, da sich die einzelnen Unternehmen unterschiedlich schnell entwickeln, neue Produktionszweige und damit neue Märkte entstehen und Rohstoffquellen versiegen können. Dies macht eine Neuaufteilung auf Grundlage der jeweiligen Stärke der Monopole nötig.

Die Aufteilung der Welt unter den Großmächten

aus: ebd.: S. 27-28.

Die Eroberung von Kolonien ist im Imperialismus eine Notwendigkeit für das Monopolkapital. Die Formen der Kolonialisierung unterscheiden sich dabei. Eine Kolonialmacht kann sich durch direkte politische und militärische Herrschaft ein Land unterordnen, durch ökonomische Abhängigkeit mit Hilfe von immer neuen Krediten, die nie abbezahlt werden können, durch formal gleichberechtigte Abkommen wie Freihandelszonen, die in der Praxis jedoch nur dem übermächtigen „Partner“ nützen, durch die Installation von Marionettenregierungen, durch Spaltung der Bevölkerung eines Landes in Religionsgruppen oder Stämme, durch die Teilung eines Landes in mehrere kleine Staatengebilde oder durch diplomatischen Druck. Oft mischen sich diese Formen. Die Intensität der kolonialen Beherrschung ist unterschiedlich. Im internationalen Kampf der Monopole um Absatzmärkte ist die Aussicht auf Erfolg mit eigenen Kolonien besser, da diese notfalls der Konkurrenz verschlossen werden können und zu alleinigen Märkten werden. Ebenfalls nur durch Kolonien kann die Zufuhr von Rohstoffen erfolgen, da diese zu einem großen Teil aus den abhängigen Ländern kommen. Und schließlich ist die Eroberung fremder Länder auch unter

militärischen Gesichtspunkten für das Kapital interessant, denn jede Kolonie bietet die Möglichkeit von militärischen Stützpunkten und Aufmarschgebieten. Zu Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus waren die für das Kapital interessanten Kolonien unter den Imperialisten aufgeteilt. Das Streben nach Kolonialbesitz erforderte daher die Neuaufteilung der Kolonien und Einflussgebiete. Insbesondere Länder, die bei der Verteilung besonders schlecht abgeschnitten haben, also ihrer Stärke entsprechend zu wenig vom kolonialen Kuchen abbekommen haben sowie Länder, deren Rohstoffquellen in Gefahr sind, drängen auf eine Neuaufteilung. Die Grundlage, nach der die Imperialisten die Welt unter sich aufteilen ist die jeweilige wirtschaftliche, militärische, politische und finanzielle Stärke. Die Stärke der einzelnen imperialistischen Staaten ändert sich allerdings ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmen, Monopole, Industriezweige und Länder kann es im Kapitalismus nicht geben. Die durch Spontaneität und Anarchie geprägte kapitalistische Produktionsweise bringt gesetzmäßig eine ungleiche ökonomische Entwicklung hervor. „Unter dem Druck des Konkurrenzkampfes entwickeln sich bereits die einzelnen Betriebe innerhalb eines Zweiges ungleichmäßig, einzelne machen einen Sprung nach vorn, was andere wiederum zu verstärkter Akkumulation veranlasst. Diese Ungleichmäßigkeit setzt sich innerhalb einer Volkswirtschaft und zwischen den Volkswirtschaften kapitalistischer Länder fort. Ursachen dieser Entwicklung sind insbesondere die unterschiedliche Akkumulationskraft infolge unterschiedlicher Ausbeutungsraten in den einzelnen Ländern und die Möglichkeiten, die in dem immer rascheren Entwicklungstempo der Technik liegen.“ (Ökonomisches Lexikon, Berlin 1969).

Daher brechen solche Kämpfe immer wieder auf. Entweder „friedlich“, d.h. durch Wirtschaftskriege und Diplomatie oder militärisch durch Stellvertreterkriege in den Kolonien oder durch direkte Kriege zwischen den imperialistischen Ländern. Der erste und der zweite Weltkrieg waren die verheerendsten zwischenimperialistischen Neuaufteilungskämpfe.

Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte

aus: Lenin (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. In: Ders. (1960): Über die nationale und die koloniale nationale Frage. Berlin. S. 328-340.

Die Welt hat sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt erwiesen, so daß in der Folge nur noch Neuaufteilungen in Frage kommen, d.h. der Übergang von einem "Besitzer" auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes.

Wir leben folglich in einer eigenartigen Epoche der kolonialen Weltpolitik, die aufs engste verknüpft ist mit "der jüngsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus", mit dem Finanzkapital. Es ist daher notwendig, vor allem eingehender bei dem Tatsachenmaterial zu verweilen, um sowohl den Unterschied dieser Epoche von den vorhergegangenen als auch die gegenwärtige Sachlage so genau wie möglich zu klären. Zunächst tauchen hier zwei konkrete Fragen auf: ob eine Verstärkung der Kolonialpolitik, eine Verschärfung des Kampfes um die Kolonien gerade in der Epoche des Finanzkapitals zu beobachten ist und wie gerade in dieser Hinsicht die Welt augenblicklich verteilt ist. [...]

Die kolonialen Eroberungen Englands nehmen am gewaltigsten in den Jahren 1860-1880 zu und sind auch in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sehr beträchtlich. Die kolonialen Eroberungen Frankreichs und Deutschlands fallen hauptsächlich gerade in diese zwei Jahrzehnte. Wir haben bereits gesehen, daß die Periode der höchsten Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus, des

Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz, in die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt. Jetzt sehen wir, daß *gerade nach dieser Periode* ein ungeheurer "Aufschwung" der kolonialen Eroberungen beginnt und der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt sich im höchsten Grade verschärft. Unzweifelhaft ist daher die Tatsache, daß der Übergang des Kapitalismus zum Stadium des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, mit einer Verschärfung des Kampfes um die Aufteilung der Welt verknüpft ist. [...]

Zur Zeit der höchsten Blüte der freien Konkurrenz in England, in den Jahren 1840-1860, waren die führenden bürgerlichen Politiker Englands Gegner der Kolonialpolitik und hielten die Befreiung der Kolonien und ihre völlige Lostrennung von England für unvermeidlich und nützlich. [...]

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber waren in England die Helden des Tages Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain, die offen den Imperialismus predigten und mit dem größten Zynismus eine imperialistische Politik trieben!

Nicht uninteressant ist es, daß der Zusammenhang zwischen den sozusagen rein ökonomischen und den sozial-politischen Wurzeln des modernen Imperialismus schon damals für diese führenden Politiker der englischen Bourgeoisie klar war. Chamberlain predigte den Imperialismus als die "wahre, weise und sparsame Politik" und verwies besonders auf die Konkurrenz Deutschlands, Amerikas und Belgiens, der England jetzt auf dem Weltmarkt begegnet. Die Rettung liegt im Monopol - sagten die Kapitalisten und gründeten Kartelle, Syndikate und Trusts; die Rettung liegt im Monopol - sekundierten die politischen Führer der Bourgeoisie und beeilten sich, die noch unverteilten Gebiete der Welt an sich zu reißen. Cecil Rhodes hat, wie sein intimer Freund, der Journalist Stead, erzählt, 1895 über seine imperialistischen Ideen gesagt: "Ich war gestern im Ostende von London (Arbeitsviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt ... Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d.h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden."

So sprach im Jahre 1895 Cecil Rhodes, Millionär, Finanzkönig und Hauptschuldiger am Burenkrieg. [...]

Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus und sogar vor dem Kapitalismus gegeben. [...]

Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der *früheren* Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals.

Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer. Derartige Monopole sind am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden, und wir haben gesehen, wie eifrig die internationalen Kapitalistenverbände bemüht sind, dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen, wie eifrig sie bemüht sind, z.B. Eisenerzlager oder Petroleumquellen usw. aufzukaufen. Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen

Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Konkurrenten - bis zu einer solchen Zufälligkeit einschließlich, daß der Gegner auf den Wunsch verfallen könnte, sich hinter ein Gesetz über ein Staatsmonopol zu verschanzen. Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien. [...]

Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden (dazu kann eine Großbank eine besondere Expedition von Ingenieuren, Agronomen usw. ausrüsten) und größere Kapitalien aufgewandt werden. [...]

Die Interessen des Kapitaleports drängen ebenfalls zur Eroberung von Kolonien, denn auf dem Kolonialmarkt ist es leichter (und mitunter einzig und allein auch möglich), durch monopolistische Mittel den Konkurrenten auszuschalten, sich Lieferungen zu sichern, entsprechende "Verbindungen" zu festigen u.a.m.

Der außerökonomische Überbau, der sich auf der Grundlage des Finanzkapitals erhebt, seine Politik, seine Ideologie steigern den Drang nach kolonialen Eroberungen. "Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft", sagt Hilferding mit Recht. [...]

Spricht man von der Kolonialpolitik in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, dann muß bemerkt werden, daß das Finanzkapital und die ihm entsprechende internationale Politik, die auf einen Kampf der Großmächte um die ökonomische und politische Aufteilung der Welt hinausläuft, eine ganze Reihe von *Übergangsformen* der staatlichen Abhängigkeit schaffen. Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern - die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber -, sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind. Auf eine dieser Formen, die Halbkolonien, haben wir bereits hingewiesen. [...]

Wir verweisen auf den Historiker Driault, der in seinem Buch "Die politischen und sozialen Probleme Ende des 19. Jahrhunderts" in dem Kapitel "Die Großmächte und die Aufteilung der Welt" folgendes schrieb: [...]"Bei dieser Aufteilung der Welt, bei dieser wahnwitzigen Jagd nach den Schätzen und Großmärkten der Erde steht die relative Bedeutung der in diesem (dem 19.) Jahrhundert gegründeten Reiche in gar keinem Verhältnis zu der Stellung, die die Nationen, von denen sie gegründet wurden, in Europa einnehmen. Die Mächte, die in Europa dominieren und über sein Schicksal entscheiden, dominieren *nicht* in gleicher Weise in der Welt. Und da die koloniale Größe, die Hoffnung auf noch ungezählte Reichtümer, offenbar auf die relative Bedeutung der europäischen Staaten zurückwirken wird, hat die Kolonialfrage, der 'Imperialismus', wenn man will, die politischen Verhältnisse in Europa selbst schon verändert und wird sie immer mehr verändern."

Kritik des Imperialismus

aus: *ebd.*: S. 353-354.

[...] Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung

der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenz. Insbesondere verschärfen sich auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen, d.h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit (denn Annexion ist ja nichts anderes als Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen). Mit Recht hebt Hilferding den Zusammenhang des Imperialismus mit der Verschärfung der nationalen Unterdrückung hervor. "In den neu erschlossenen Ländern selbst aber", schreibt er, "steigert der importierte Kapitalismus die Gegensätze und erregt den immer wachsenden Widerstand der zu nationalem Bewußtsein erwachenden Völker gegen die Eindringlinge, der sich leicht zu gefährlichen Maßnahmen gegen das Fremdkapital steigern kann. Die alten sozialen Verhältnisse werden völlig revolutioniert, die agrarische, tausendjährige Gebundenheit der 'geschichtslosen Nationen' gesprengt, diese selbst in den kapitalistischen Strudel hineingezogen. Der Kapitalismus selbst gibt den Unterworfenen allmählich die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung. Das Ziel, das einst das höchste der europäischen Nationen war, die Herstellung des nationalen Einheitsstaates als Mittel der ökonomischen und kulturellen Freiheit, wird auch zu dem ihren. Diese Unabhängigkeitsbewegung bedroht das europäische Kapital gerade in seinen wertvollsten und aussichtsreichsten Ausbeutungsgebieten, und immer mehr kann es seine Herrschaft nur durch stete Vermehrung seiner Machtmittel erhalten."

Es muß hinzugefügt werden, daß der Imperialismus nicht allein in den neu erschlossenen, sondern auch in den alten Ländern zu Annexionen, zur Verstärkung der nationalen Unterdrückung und folglich auch zur Verschärfung des Widerstands führt.

Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“

aus: Lenin (1922): Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“ (Fortsetzung). In: Ders. (1960): Über die nationale und die koloniale nationale Frage. Berlin. S. 653-654.

Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, daß es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muß unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.

Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu — ich brauche mir nur meine Wolgazeit ins Gedächtnis zurückzurufen und mich daran zu erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders denn „Polacken“ nennt, jeden Tataren als „Fürsten“ verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen „Chochol“ ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als „Kapkasen“ verhöhnt.

Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten „großen“ Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur in dem Sinne, wie ein Dershimorda⁷ groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt,

⁷ Dershimorda war der Name eines prügelnden Polizisten aus „Der Devisor“, einem bekannten Buch von Gogol.

die sich faktisch im Leben ergibt. Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen, der ist im Grunde auf dem Standpunkt des Kleinbürgertums stehengeblieben und muß deshalb unweigerlich ständig zum bürgerlichen Standpunkt ableiten.

Was ist für den Proletarier wichtig? Für den Proletarier ist nicht nur wichtig, sondern geradezu lebensnotwendig, sich seitens des Nichtrussen ein Maximum von Vertrauen im proletarischen Klassenkampf zu sichern. Was ist dazu nötig? Dazu ist nicht nur die formale Gleichheit nötig. Dazu ist nötig, durch sein Verhalten oder durch seine Zugeständnisse gegenüber dem Nichtrussen, so oder anders das Mißtrauen, den Argwohn zu beseitigen, jene Kränkungen aufzuwiegen, die ihm in der geschichtlichen Vergangenheit von der Regierung der „Großmacht“nation zugefügt worden sind.

Neokolonialismus — Ausplünderung der Völker mit anderen Mitteln

aus: Achenbach, Vera u. Peter Katzer (1980): Grundwissen für junge Sozialisten. Dortmund. S. 511-513.

Der rasche Zusammenbruch des Kolonialsystems nach dem zweiten Weltkrieg bedeutete für die früheren Kolonialherren, sich mit neuen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der veränderten Situation anzupassen, wenn sie nicht auf ihre Privilegien verzichten wollten. Sie entwickelten also neue Methoden, um in ihren ehemaligen Kolonien oder Halbkolonien auf indirekte Weise die Kommandohöhen zu besetzen: Sie durchdrangen die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder mit ihrem Kapital, machten sie auf vielfältige Weise finanziell und wirtschaftlich abhängig und damit politisch erpreßbar. [...]

Ende der sechziger Jahre beherrschten die kapitalistischen Industriestaaten zu über 70 Prozent den Außenhandel Lateinamerikas und drei Viertel des Außenhandels Afrikas. Die Entwicklungsländer wurden einer besonderen Arbeitsteilung zwischen kapitalistischen Industrie- und Entwicklungsländern unterworfen. Während die kapitalistischen Industrieländer industrielle Fertigwaren und Produktionsmittel herstellen, haben die Entwicklungsländer die Aufgabe, Rohstoffe zu produzieren. Die Preise aber wurden von den kapitalistischen Staaten und zu deren Gunsten gemacht. Sie verteuerten die Industriegüter unabhängig vom Stand der Weltmarktpreise der Rohstoffe. Das heißt, die »Preisschere« zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten öffnete sich immer weiter, die Kluft zwischen kapitalistischen Industrie- und den Entwicklungsländern wurde immer tiefer, auch wenn es den sogenannten unterentwickelten Ländern durch internationale Zusammenschlüsse in den letzten Jahren gelang, für einige Rohstoffe, z.B. Öl, höhere Preise durchzusetzen. [...]

Ein Großteil der Entwicklungsländer ist aufgrund der kolonialen Vergangenheit als Rohstoffbasis vom Export weniger Rohstoffe abhängig, d. h. für Preisschwankungen und -manipulationen auf dem kapitalistischen Weltmarkt besonders empfindlich.

Auch über die kapitalistische «Entwicklungshilfe«, die durch private und staatliche Kapitalexperte vermittelt wird, sollen die Länder der Dritten Welt an das imperialistische Lager gebunden werden.

Die Anleihen der kapitalistischen Staaten werden an Bedingungen geknüpft:: So hat z. B. die Agentur der USA für internationale Entwicklung im Jahr 1970 bestimmt, daß der größte Teil der »Entwicklungshilfe, in den USA ausgegeben werden muß.

Ein beträchtlicher Teil der Auslandshilfe der USA geht als »Militärhilfe« in die Dritte Welt und dient der Stabilisierung der reaktionärsten Regimes. »Wohilverhaltensklauseln« (z. B. die Nichtanerkennung der DDR), »Kapitalschutz abkommen« (Garantien gegen Ver-

staatlichen), Zulassung von Militärstützpunkten usw. gehören ebenfalls zu den Bedingungen, die die kapitalistischen Staaten für die Gewährung von Entwicklungshilfe stellen.

Infolge des ständig wachsenden Bedarfs der Entwicklungsländer an Kapital und Produktionsmitteln, den sich die kapitalistischen Länder zu Nutzen machen, wachsen die Auslandsschulden der Dritten Welt ins Unermeßliche. Oftmals werden die Deviseneinnahmen aus Exporten überlegend zur Bezahlung von Zinsen verwendet. Allein der Schuldendienst der Dritten Welt betrug 1969 rund 5 Milliarden Dollar. Bis 1970 war er auf 6 Milliarden Dollar angewachsen und machte damit 10 Prozent der Gesamtverschuldung der Dritten Welt aus.

Durch diese Verschuldung entsteht wieder eine neue Abhängigkeit, denn vielfach müssen Entwicklungsländer bei ihren Schuldnerländern neue Kredite und Anleihen aufnehmen, um alte Schulden zu bezahlen.

Dies sind nur einige Beispiele für die Fesselung der Entwicklungsländer an das kapitalistische Weltwirtschaftssystem. Daß aus diesem System nur die imperialistischen Staaten Profite ziehen, wird an folgendem Beispiel deutlich: Zwischen 1950 und 1967 haben kapitalistische Industrieländer in Lateinamerika 1,9 Milliarden Dollar investiert. Im gleichen Zeitraum holten sie Profite in Höhe von 12,8 Milliarden Dollar aus Lateinamerika heraus.

Das Erbe des Kolonialismus

aus: ebd.: S. 513.

Es ist verständlich, daß unter diesen Voraussetzungen die jungen Nationalstaaten heute extrem große Schwierigkeiten haben, mit dem schweren Erbe des Kolonialismus – die von ihm erzeugte Wirtschafts- und Sozialstruktur – fertigzuwerden.

Ja, es muß geradezu als unmöglich erscheinen, die Probleme der Dritten Welt – Arbeitslosigkeit, Armut, Unwissenheit – aus eigener Kraft zu bewältigen, solange die Abhängigkeit vom Imperialismus fortbesteht.

So entfallen auf die Entwicklungsländer nur rd. 10% der Industrieproduktion, obwohl hier 70% der Erdbevölkerung leben. [...]

So sind heute, da die meisten Entwicklungsländer ihre politische Unabhängigkeit errungen haben, fast alle vom Kolonialismus erzeugten Probleme noch ungelöst:

In den als Rohstoffquellen mißbrauchten Kolonien wurden nur Bergbau und Plantagenwirtschaft entwickelt. Diese Unternehmen sind auch heute häufig noch im Besitz ausländischer Firmen. Eine auf die nationalen Interessen ausgerichtete Volkswirtschaft mit einem gesunden Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Dienstleistungen gibt es heute in keinem Land der Dritten Welt. Eine nationale Industrie existiert in Afrika vielfach nur in Form von Handwerksbetrieben; bis zu 90 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig.

II. Die Theorie nationaler Befreiungsbewegungen

Werkzeugfragen:

1. *Worin besteht der Zusammenhang zwischen nationaler Befreiungsbewegung in den unterdrückten Ländern mit der Arbeiterbewegung in den unterdrückenden Ländern?*
2. *Was bedeutet das Recht auf Selbstbestimmung und warum ist es für uns wichtig es anzuerkennen? Nach welchen Kriterien entscheiden wir, wann wir es im konkreten Fall unterstützen und dafür agitieren und wann nicht? Fallen euch Beispiele ein?*
3. *Was sind die Phasen des nationalen Befreiungskampfes und wie unterscheiden sie sich? Kennt ihr historische oder aktuelle Beispiele für diese Phasen?*

Arbeitsfragen:

4. *Nach welchen Kriterien stellen wir fest, ob eine nationale Befreiungsbewegung eine fortschrittliche ist? Wann unterstützen wir sie und wann nicht?*
5. *„Nie kann ein Volk, das andere unterdrückt, frei sein“ (Marx/Engels). Warum nicht?*
6. *Ist mit dem Untergang der Sowjetunion der Zusammenhang zwischen Sozialismus, nationaler Befreiungsbewegung und Arbeiterbewegung heute nicht mehr aktuell?*
7. *Welche bündnispolitischen Grundsätze von Sozialdemokraten (d.h. hier: Kommunisten) macht Lenin geltend? Gelten diese auch für Kommunisten in nationalen Befreiungsbewegungen? Und: Was sind die Aufgaben von Kommunisten bzgl. der nationalen Frage in den unterdrückenden Ländern?*

Rolle und Charakter der nationalen Befreiungsrevolutionen

aus: Autorenkollektiv (1975): Wissenschaftlicher Kommunismus. Berlin, S.144-146.

Der Marxismus bestimmte erstmalig wissenschaftlich den historischen Platz der nationalen Befreiungsrevolutionen. Marx und Engels brachten die nationale und koloniale Frage mit den Klassenverhältnissen und dem Klassenkampf in Zusammenhang. Sie zeigten, daß die nationale Unterdrückung ein Wesenszug der kapitalistischen Gesellschaft ist. Diese Unterdrückung hat ihren Ursprung in den Eigentumsverhältnissen, die die Interessen und die Politik der Ausbeuterklassen bestimmen. Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus wiesen nach, daß die nationale Befreiung der unterdrückten Völker eng mit dem Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus verbunden ist. In der Befreiungsbewegung dieser Völker sahen sie einen Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Marx und Engels begründeten die Stellung des Proletariats als unversöhnlichen Gegner jeglicher nationalen und kolonialen Unterdrückung. Ihr geflügeltes Wort, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selbst nicht frei sein kann, wurde zur Kampfdevise der proletarischen Internationalisten.

Die Reformisten, die in der europäischen Arbeiterbewegung nach dem Tode von Marx und Engels den Ton angaben, gingen zur Verherrlichung der Kolonialpolitik und zur Isolierung der proletarischen Bewegung vom nationalen Befreiungskampf über. Sie erklärten, die unterdrückten Völker seien für die Unabhängigkeit „noch nicht reif“. Gewisse ökonomische Veränderungen, die in den unterjochten Ländern auf der Grundlage des Kapitalexports in diese Länder vor sich gingen, stellten reformistische

Theoretiker so dar, als schaffe der Imperialismus die Voraussetzungen für die politische Selbständigkeit dieser Länder, für ihre automatische „Entkolonisierung“.

Unter den Bedingungen des Zerfalls des Kolonialsystems und des Aufschwungs des nationalen Befreiungskampfes nach dem zweiten Weltkrieg verurteilten sozialdemokratische Parteien in ihren Dokumenten formell den Kolonialismus und wandten sich gegen Rassismus und Rassendiskriminierung. Tatsächlich traben jedoch rechte Führer der Sozialdemokratie häufig hinter der Kolonialpolitik der imperialistischen Bourgeoisie einher oder betreiben nicht selten diese Politik sogar selbst.

Lenin entwickelte die Idee von Marx und Engels zur nationalen und kolonialen Frage weiter, indem er sie auf die Epoche des Imperialismus anwandte, in der die Befreiungsbewegung immer stärker den Charakter eines einheitlichen, die ganze Welt umfassenden Prozesses annimmt, der letztendlich zum Sieg des Sozialismus führt. Lenin lehrte, daß unter diesen Bedingungen die nationale Befreiungsbewegung ein untrennbarer Bestandteil des revolutionären Weltprozesses, ein einheitlicher Strom proletarischer und nationaler Befreiungsrevolutionen wird. Lenin sagte voraus: „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer *ganzen Reihe* demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.“ Er unterstrich, daß die führende Rolle in diesem Prozeß die internationale Arbeiterklasse übernimmt.

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde die Frage der Solidarität der Arbeiterklasse mit den Völkern, die um ihre nationale Befreiung kämpfen, besonders wichtig. Es wurde die Losung ausgegeben: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ Lenin hob die Bedeutung dieser Losung mit den Worten hervor: „In der Tat treten wir jetzt nicht nur als Vertreter der Proletarier aller Länder auf, sondern auch als Vertreter der unterdrückten Völker.“

Die internationale Arbeiterklasse hat mit der Schaffung der sozialistischen Staatengemeinschaft ihre Vorhutrolle im revolutionären Weltprozeß gefestigt. Nur im Bündnis mit dem sozialistischen Weltsystem kann die nationale Befreiungsbewegung der Völker den vollständigen Sieg erringen. Die nationalen Befreiungsrevolutionen der Gegenwart gehören ihrem sozialen Inhalt nach zu den *demokratischen Revolutionen neuen Typs*. Das zeigt sich an folgenden Merkmalen:

Erstens haben die nationalen Befreiungsrevolutionen eine antiimperialistische Ausrichtung. Gleichzeitig sind sie in den meisten Ländern auch gegen die feudalen und teilweise auch vorseudalen Verhältnisse gerichtet, die vom Imperialismus unterstützt werden.

Zweitens besteht die Aufgabe der nationalen Befreiungsrevolutionen nicht nur in der politischen, sondern auch in der ökonomischen Befreiung der ehemaligen kolonialen und abhängigen Länder. Die Eroberung der politischen Selbständigkeit durch diese Länder befreit sie noch nicht von der imperialistischen Ausbeutung. Die ausländischen Monopole behalten in der Regel die vollständige oder teilweise Kontrolle über das Wirtschaftsleben dieser Länder. Aus diesem System imperialistischer Kontrolle und Ausbeutung ergibt sich die Aufgabe für die nationale Befreiungsrevolution, sich von den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit zu befreien.

Drittens wird im Verlauf der nationalen Befreiungsrevolutionen die Frage entschieden, welchen Entwicklungsweg die ehemaligen Kolonien und

abhängigen Länder wählen. Die nationalen Befreiungsrevolutionen der früheren Epoche beseitigten mit dem Sturz der Fremdherrschaft lediglich die mittelalterlichen Barrieren auf dem Weg zum Kapitalismus. In dieser Zeit entwickelten sich die nationalen Bewegungen entweder als bürgerliche oder als bürgerlich-demokratische Bewegungen. In unserer Zeit aber können die nationalen Befreiungsrevolutionen zur Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang zu sozialistischen Umgestaltungen führen. Früher gab es nur *einen Weg* - den Weg der kapitalistischen Entwicklung. Heute sind *zwei Richtungen* der Entwicklung möglich geworden - zum Sozialismus oder zum Kapitalismus.

Die nationalen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegung

aus: SDAJ (2006): Grundlagenschule. S. 53.

Durch die Krise des Imperialismus, die ihren Ausdruck im 1. Weltkrieg fand, trat deutlich ein neuer Akteur auf. In den Kolonien erhoben sich die Menschen zu nationalen Befreiungsbewegungen. Sie fanden in der Arbeiterbewegung und der jungen Sowjetunion einen verlässlichen Bündnispartner. Denn schnell wurde erkannt, welchen Einfluss die unterdrückten Länder auf den Imperialismus haben. Ist er in der Lage, sie in aller Ruhe auszubeuten, stärkt es den Imperialismus und es werden neue Quellen für die Bestechung der Arbeiter erschlossen. Erhebt sich eine Bewegung gegen die nationale Unterdrückung durch den Imperialismus, werden damit auch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den Zentren unterstützt. Sie haben objektiv die gleichen Interessen und ihre Befreiung ist nicht möglich, ohne ein festes Bündnis beider Bewegungen. Die Arbeiterbewegung in den Zentren hat dabei die Aufgabe, die Befreiungsbewegung gegen die „eigenen“ Imperialisten zu unterstützen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

aus: ebd.: S. 53-54.

Eine wichtige Forderung des proletarischen Internationalismus ist daher auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Gemeint ist damit das Recht jeder Nation auf Loslösung und eigenständige staatliche Existenz. Ohne diese Forderung bis zur letzten Konsequenz zu unterstützen ist die Solidarität der Arbeiter aus den Zentren nur eine Phrase, da sie sich damit auf die Seite der Unterdrücker stellt. Ohne diese Forderung bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen ist es unmöglich, die Nationen auf freiwilliger Basis zu vereinigen und damit die nationalen Borniertheiten zu überwinden.

„Hieraus ergeben sich zwei Seiten, zwei Tendenzen in der nationalen Frage: die Tendenz zur politischen Befreiung von den imperialistischen Fesseln und zur Bildung eines selbstständigen Nationalstaats, eine Tendenz, die auf Grundlage der imperialistischen Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung entstanden ist, und die Tendenz zur wirtschaftlichen Annäherung der Nationen, die sich aus der Bildung des Weltmarktes und der Weltwirtschaft ergeben hat.“ (Stalin)

Damit ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auch die stärkste Waffe des proletarischen Internationalismus, denn sie ist der direkte Angriff auf den Nationalismus und gräbt ihm das Wasser ab. Natürlich ist nicht jede nationale Bewegung per se fortschrittlich. Ausgehen muss man: „erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation; zweitens von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet;

drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegensatz zu dem bürgerlich-demokratischen Lug und Trug“ (Lenin)

Zusätzlich muss es darum gehen bei dieser Einschätzung nicht nur einen Teil, sondern seinen Zusammenhang mit dem Ganzen zu betrachten, d.h. die Befreiungsbewegung in den weltweiten antiimperialistischen Kampf und seine Aufgaben zu stellen. Die Arbeiterbewegung der Zentren muss weiterhin beachten, dass es im Umgang mit den Menschen der unterdrückten Länder darauf ankommt, die nationalen Besonderheiten und auch die jahrelange Unterdrückung durch „ihr“ Land zu berücksichtigen und nicht darum, es „ihren“ Imperialisten gleich zu tun. Dies gilt auch im Zusammenhang mit der Bewertung der politischen Praxis der Befreiungsbewegung, auch im Umgang mit Nationalismus und Patriotismus.

Die Phasen des nationalen Befreiungskampfes

aus: Achenbach, Vera u. Peter Katzer (1980): *Grundwissen für junge Sozialisten*. Dortmund. S. 516-518.

Die fortdauernde Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den imperialistischen Staaten weist darauf hin, daß die *nationale Befreiungsrevolution*, die die politische Unabhängigkeit erkämpft, nur der erste, wenn auch notwendige Schritt im Kampf um die nationale Befreiung darstellt. In diesem Prozeß bildet sich eine breite antikoloniale, antiimperialistische Front heraus, die alle jene Klassen und Schichten vereint, die in Gegensatz zu den Kolonialisteninteressen geraten sind und die nur jene Teile der herrschenden Klasse ausschließt, die mit der ausländischen Macht zusammenarbeiten. Die Triebkräfte der nationalen Befreiungsrevolution sind durchaus verschieden. Unterschiedlich ist auch - je nach dem Entwicklungsstand der kolonialen Gesellschaft und dem Maß der Unterdrückung, denen einzelne Gesellschaftsteile ausgesetzt sind - die Rolle der Bauern, der städtischen Intelligenz, der nationalen Bourgeoisie, der Arbeiterklasse, der Armee. In einigen Ländern beteiligten sich am nationalen Befreiungskampf auch Vertreter der Stammes- und feudalen Oberschicht. Der führende Kern der Befreiungsbewegung besteht in dieser Phase aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der radikalen Intelligenz. Dieser Kern, der die übrigen nationalen, patriotischen Kräfte um sich vereint, bleibt die entscheidende Kraft auch im Kampf um die Fortführung und Vollendung des nationalen Befreiungskampfes.

Nach dem Sieg der nationalen Befreiungsrevolution bilden sich je nach Stärke und Rolle der am antikolonialen Kampf beteiligten Klassen und Schichten unterschiedliche politische Regimes heraus: revolutionär-demokratische Militärregierungen [...], bürgerlich-demokratische [...] und reaktionäre [...]. Die zweite Etappe des nationalen Befreiungskampfes ist die der *national-demokratischen Revolution*. Sie hat das Ziel, die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausplünderung durch die imperialistischen Länder zu überwinden und die Hindernisse für eine rasche Entwicklung des Landes aus dem Weg zu räumen.

Die national-demokratische Revolution hat die Aufgabe, innerhalb kürzester Frist einen riesigen Schritt vorwärts von der Rückständigkeit zum sozialen Fortschritt zu sichern.

Sie muß die alten gesellschaftlichen Verhältnisse, wie z.B. die Stammesorganisation und den Großgrundbesitz beseitigen, die die Entwicklung der Volkswirtschaft hemmen. [...]

[Entwicklungsländer, die so einen Weg eingeschlagen haben,] befinden sich alle noch in der lange andauernden Phase der allgemeindemokratischen Veränderungen,

deren Verwirklichung auf gewaltige Schwierigkeiten stößt: auf den niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand, die kulturelle Rückständigkeit, die Schwäche und Unerfahrenheit der Arbeiterklasse. Dieser sehr langen Phase der all-gemeindemokratischen Veränderungen folgt die Phase des Hinüberwachsens in die sozialistische Revolution. Auch dieser Prozeß folgt nicht automatisch. Erst wenn diese Phase in wesentlichen Zügen abgeschlossen ist, kann die *dritte Etappe* des nationalen Befreiungskampfes begonnen werden. Es ist die Etappe der sozialistischen Veränderungen, der *Errichtung der Macht der Werktätigen* unter der Führung der Arbeiterklasse. Die Übergänge zwischen den verschiedenen Entwicklungsetappen sind dabei fließend und in den einzelnen Ländern unterschiedlich, den nationalen Besonderheiten entsprechend, ausgeprägt. Die meisten der jungen Nationalstaaten stehen gegenwärtig noch vor dem Eintritt in die zweite Etappe des nationalen Befreiungskampfes. Aber auch wenn sie überwiegend kapitalistisch orientiert sind, ist ihre Außenpolitik vielfach von eindeutig antiimperialistischen Positionen geprägt. Der Zusammenhang zwischen imperialistischer Einflußnahme und wirtschaftlicher Unterentwicklung wird immer stärker begriffen.

Der „Praktizismus“ in der nationalen Frage

aus: Lenin (1914): *Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung*. In: Ders. (1960): *Über die koloniale und die koloniale Nationale Frage*. Berlin. S. 227-228.

[...] Man sagt uns: Durch die Unterstützung des Rechtes auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. [...]

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine „praktische“ Lösung wichtig, für die Arbeiterschaft aber ist es wichtig, zwei Tendenzen *prinzipiell* hervorzuheben. *Insofern* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *insofern* sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feind der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.

Wenn wir die Parole des *Rechtes* auf Lostrennung nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der *unterdrückenden* Nation in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky⁸ schon längst gegen Rosa Luxemburg vorgebracht, und dieses Argument ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens „zu helfen“⁹, leistet Rosa Luxemburg dadurch, daß sie das *Recht* auf Lostrennung im Programm der *russischen*

⁸ Karl Kautsky (1854-1938) war ein sozialdemokratischer Theoretiker und deutscher Sozialdemokrat. Nach Lenins eigener Aussage war er bis zum Ersten Weltkrieg ein Marxist. Lenin hat ihn lange Zeit als seinen Lehrer betrachtet, bevor sich gegen seinen Revisionismus abgrenzte. Dass Kautsky in den hier zusammengefassten Texten von Lenin in Bezug auf die nationale Frage mal positiv und mal negativ erwähnt wird, hängt damit zusammen, dass Kautsky seine Position änderte. Vertrat er früher noch die Prinzipien der internationalen Solidarität und das Selbstbestimmungsrecht, stellte er später die Kritik am abstrakten Nationalismus in den Vordergrund und betonte die Unmöglichkeit der Realisierung des Selbstbestimmungsrechts.

⁹ Hier geht es um die Frage der Lostrennung Polens von Russland. Rosa Luxemburg hatte kritisiert, dass die russischen Marxisten das Recht auf Lostrennung Polens fordern und damit den polnischen Nationalismus unterstützen.

Marxisten verneint, in Wirklichkeit den großrussischen Schwarzhundertern¹⁰ Hilfe. Sie trägt in Wirklichkeit zur opportunistischen Aussöhnung mit den Privilegien (und mit Schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen bei.

Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade *dieser* Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf. *Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich *gegen* die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken, bekämpfen usw. usw. Das ist „unpraktisch“ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle und die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage. Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostrennung unter einem Gesichtswinkel, der jede Nichtgleichberechtigung, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.

Drei Typen von Ländern in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

aus: Lenin (1916): *Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen* (Thesen). In: *Ders. (1960): Über die nationale und die koloniale nationale Frage*. Berlin. S. 320-321.

Es sind drei Haupttypen von Ländern in dieser Hinsicht zu unterscheiden:

I. Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die bürgerlich-fortschrittliche nationale Bewegung ist hier längst beendet. Jede dieser "großen" Mächte unterdrückt fremde Nationen in den Kolonien sowie im eigenen Lande. Die Aufgaben des Proletariats der herrschenden Nationen sind hier eben dieselben, wie sie im 19. Jahrhundert in England in bezug auf Irland waren¹¹.

II. Osteuropa: Österreich, der Balkan und insbesondere Rußland. Hier hat das 20. Jahrhundert besonders die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen entwickelt und den nationalen Kampf verschärft. Das Proletariat dieser Länder kann die Aufgaben der konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht erfüllen und den sozialistischen Revolutionen der anderen Länder nicht beistehen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verteidigen. Besonders schwierig und wichtig ist hier die Aufgabe der Verschmelzung des Klassenkampfes der Arbeiter der unterdrückten und der der unterdrückenden

¹⁰ Die „Schwarzhunderter“ waren eine rechtsnationale, zaristische und paramilitärische Organisation, die Juden und andere Minderheiten terrorisierten.

¹¹ Hier nimmt Lenin Bezug auf die Beschäftigung Marxens und Engels mit der „irischen Frage“. Marx hatte lange Zeit gehofft, dass mit der Emanzipation der englischen Arbeiterklasse auch die irische befreit werden würde. Später hat er aber eingesehen, dass die Unterdrückung Irlands auch zur Bestechung und ideologischen Bearbeitung (Nationalismus/Chauvinismus) und damit also zur Zähmung der englischen Arbeiterklasse führt. Deswegen forderte er, dass die Arbeiter Englands, also der unterdrückenden Nation, sich bedingungslos für die Selbstbestimmung Irlands, also der unterdrückten Nation einsetzen sollten.

Nationen.

III. Die Halbkolonien, wie China, Persien, die Türkei, und alle Kolonien mit einer Bevölkerung von zirka 1.000 Millionen Menschen. Die bürgerlich-demokratischen Bewegungen sind hier teilweise kaum im Anfangsstadium, teilweise noch lange nicht beendet. Die Sozialisten haben nicht nur die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern - diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen - sondern sie müssen auch revolutionäre Elemente in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern entschieden unterstützen und ihrer Auflehnung, ihren Aufständen, respektive ihrem revolutionären Kriege gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen.

Die proletarische, revolutionäre Fragestellung der Selbstbestimmung der Nationen

aus: *ebd.*: S. 317.

[...] Das Proletariat der unterdrückenden Nationen kann sich mit den allgemeinen, schablonenhaften, von jedem Pazifisten wiederholten Phrasen gegen Annexionen und für die Gleichberechtigung der Nationen überhaupt nicht begnügen. Das Proletariat kann nicht an der für die imperialistische Bourgeoisie besonders unangenehmen Frage der *Grenzen* des Staates, die auf nationaler Unterjochung beruhen, stillschweigend vorbeigehen. Es kann sich des Kampfes gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterjochten Nationen in den Grenzen des vorhandenen Staates nicht enthalten, und eben dies heißt für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen. Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von "seiner" Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich; die Heuchelei der reformistischen und Kautskyschen Vertreter des Selbstbestimmungsrechts, die sich über die von "ihren eigenen Nationen" unterdrückten und in "ihrem eigenen" Staate gewaltsam zurückgehaltenen Nationen ausschweigen, bleibt dabei immer noch unentlarvt.

Andererseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie zu bestehen. Denn die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen mißbraucht beständig die Losungen der nationalen Befreiung um die Arbeiter zu betrügen: in der inneren Politik benutzt sie diese Losungen zur reaktionären Verständigung mit der Bourgeoisie der herrschenden Nation (zum Beispiel die Polen in Osterreich und Rußland, die eine Abmachung mit der Reaktion treffen zur Unterdrückung der Juden und Ukrainer); in der äußeren Politik bemüht sie sich, sich mit einer der wetteifernden imperialistischen Regierungen zu verständigen, um ihre räuberischen Ziele zu verwirklichen (die Politik der kleinen Balkanstaaten u.a.m.).

Über „Monismus und Dualismus“

aus: Lenin (1924): *Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“*. In: Ders. (1960): *Über die nationale und die koloniale nationale Frage*. Berlin. S. 466-

P. Kijewski erhebt gegen uns den Vorwurf der „dualistischen“¹² Auslegung der Forderung“ und schreibt:

„Die monistische¹³ *Aktion* der Internationale wird durch eine dualistische *Propaganda* ersetzt.“

Das klingt durchaus marxistisch, materialistisch: eine Aktion, die einheitlich ist, wird einer Propaganda entgegengestellt, die „dualistisch“ ist. Bedauerlicherweise müssen wir bei näherem Hinsehen sagen, daß das ein ebensolcher *phrasenhafter* „Monismus“ ist, wie es der „Monismus“ Dührings¹⁴ war. „Wenn ich eine Schuhbürste unter die *Einheit* Säugetier zusammenfasse“, schrieb Engels gegen den „Monismus“ Dührings, „so bekommt sie damit noch lange keine Milchdrüsen.“

Das heißt, daß man als „Einheit“ nur solche Dinge, Eigenschaften, Erscheinungen, Aktionen *bezeichnen* kann, die in der objektiven Wirklichkeit eine *Einheit* sind. Gerade diese „*Kleinigkeit*“ hat unser Autor vergessen!

Er erblickt unseren „Dualismus“ erstens darin, daß wir von den Arbeitern der unterdrückten Nationen in erster Linie *nicht das* verlangen — die Rede ist nur von der nationalen Frage —, was wir von den Arbeitern der Unterdrückernationen fordern.

Um zu prüfen, ob nicht der „Monismus“ P. Kijewskis hier der „Monismus“ Dührings ist, muß man untersuchen, wie die Dinge in der *objektiven Wirklichkeit* liegen.

Ist etwa die *wirkliche Lage* der Arbeiter der unterdrückenden und der unterdrückten Nationen, was die nationale Frage anbetrifft, die gleiche? Nein.

1. *Ökonomisch* ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den Unterdrückerländern Brosamen von dem *Extraprofit* erhalten, den die Bourgeois der Unterdrückernationen einheimsen, indem sie den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell stets zweimal über die Ohren ziehen. Die ökonomischen Daten besagen außerdem, daß aus den Arbeitern der Unterdrückernationen ein *größerer* Prozentsatz zu „Zwischenmeistern“ aufsteigt als aus den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß ein *größerer* Prozentsatz zur *Aristokratie* der Arbeiterklasse emporsteigt. Das ist eine Tatsache. Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind *bis zu einem gewissen Grade* Teilhaber *ihrer* Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation.

2. *Politisch* ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen auf einer ganzen Reihe von Gebieten des politischen Lebens eine im Vergleich zu den Arbeitern der unterdrückten Nation *privilegierte* Stellung einnehmen.

3. *Ideologisch* oder geistig ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen durch die Schule und das Leben stets im Geiste der Verachtung oder Mißachtung der Arbeiter der unterdrückten Nationen erzogen werden. Dies hat z. B. jeder Großrusse, der unter Großrussen erzogen wurde oder unter ihnen gelebt hat, *kennengelernt*.

¹² dualistisch = zwiespältig, zweiheitlich.

¹³ monistisch = einheitlich.

¹⁴ Karl Eugen Dühring (1833-1921) war ein sozialistischer, aber antimarxistischer Theoretiker mit rassistischen und antisemitischen Tendenzen. Da er in den 1870er Jahren größeren Einfluss in der deutschen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie gewann, hatte Engels, 1877, auf bitten von Wilhelm Liebknecht eine Streitschrift gegen ihn verfasst, den „Anti-Dühring“.

Somit ist in der objektiven Wirklichkeit *auf der ganzen Linie* ein Unterschied vorhanden, d. h. ein „Dualismus“ in der objektiven, vom Willen, und Bewußtsein einzelner Personen unabhängigen Welt.

Was hat man danach von den Worten P. Kijewskis über die „monistische Aktion der Internationale“ zu halten?

Sie sind eine hohle tönende Phrase, sonst nichts.

Damit die Aktion der Internationale, welche *im realen Leben* aus Arbeitern besteht, die durch ihre Zugehörigkeit zu unterdrückenden und unterdrückten Nationen *gespalten* sind, eine *einheitliche* Aktion sei, darf die Propaganda in dem ersten Fall *nicht die gleiche* sein wie im zweiten. So muß man vom Standpunkt eines wirklichen (und nicht des Dühringschen) „Monismus“, vom Standpunkt des Marxschen Materialismus urteilen!

Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart

aus: Lenin (1907): *Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart*. In: Ders. (1960): *Über die nationale und die koloniale nationale Frage*. Berlin. S. 32-35.

[...] Nicht zum erstenmal beschäftigt die Kolonialfrage internationale Kongresse. Bisher bestanden ihre Beschlüsse stets in einer unbedingten Verurteilung der bürgerlichen Kolonialpolitik als einer Ausplünderungs- und Gewaltpolitik. Diesmal aber war die Zusammensetzung der entsprechenden Kommission des Kongresses eine derartige, daß opportunistische Elemente, mit dem Holländer van Kol an der Spitze, in ihr die Oberhand bekamen. In den Resolutionsentwurf wurde der Satz eingefügt, daß der Kongreß nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik verwerfe, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken könne. Die Minderheit der Kommission (der Deutsche Ledebour, die polnischen und russischen Sozialdemokraten und viele andere) protestierte energisch gegen diesen Gedanken. Die Frage wurde dem Kongreß zur Entscheidung vorgelegt, und der quantitative Unterschied zwischen den Kräften der beiden Strömungen erwies sich als so gering, daß der Kampf mit beispielloser Leidenschaftlichkeit entbrannte.

Die Opportunisten scharten sich um van Kol. Im Namen der Mehrheit der deutschen Delegation sprachen Bernstein und David für die Anerkennung der „sozialistischen Kolonialpolitik“ und wetterten gegen die Radikalen wegen ihres unfruchtbaren negativen Standpunkts, wegen ihres mangelnden Verständnisses für die Bedeutung von Reformen, wegen des Fehlens eines praktischen Kolonialprogramms usw. Ihnen erwiderte unter anderem Kautsky, der sich genötigt sah, den Kongreß zu ersuchen, sich *gegen* die Mehrheit der deutschen Delegation auszusprechen. Er wies mit Recht darauf hin, daß von einer Ablehnung des Kampfes um Reformen keine Rede sei: in den übrigen Teilen der Resolution, die keine Diskussion hervorgerufen haben, sei dies mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Es handle sich darum, ob wir dem heutigen bürgerlichen Ausplünderungs- und Gewaltregime Zugeständnisse machen sollen. Zur Erörterung auf dem Kongreß stehe die heutige Kolonialpolitik, diese Politik aber fuße auf direkter Knechtung der Wilden: die Bourgeoisie führe faktisch in den Kolonien die Sklaverei ein, setze die Eingeborenen unerhörten Mißhandlungen und Vergewaltigungen aus, „zivilisiere“ sie durch Verbreitung von Schnaps und Syphilis. Und angesichts dieser Sachlage reden Sozialisten in gewundenen Phrasen von der Möglichkeit einer prinzipiellen Anerkennung der Kolonialpolitik! Das würde den direkten Übergang zum bürgerlichen Standpunkt bedeuten. Das würde heißen, einen entschiedenen Schritt tun zur Unterordnung

des Proletariats unter die bürgerliche Ideologie, unter den bürgerlichen Imperialismus, der heute besonders stolz sein Haupt erhebt. [...]

Die Klasse der zwar Besitzlosen, aber nicht Werktätigen, ist nicht fähig, die Ausbeuter zu stürzen. Nur die Klasse der Proletarier, von deren Arbeit die ganze Gesellschaft lebt, ist imstande, die soziale Revolution zu vollbringen. Nun hat aber die ausgedehnte Kolonialpolitik für das europäische Proletariat *zum Teil* eine solche Lage geschaffen, daß die Gesellschaft als Ganzes *nicht* von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt. Die englische Bourgeoisie zum Beispiel zieht aus den Millionen und aber Millionen der Bevölkerung Indiens und anderer Kolonien größere Profite als aus den englischen Arbeitern. Unter solchen Verhältnissen entsteht in bestimmten Ländern eine materielle, ökonomische Grundlage für die Ansteckung des Proletariats dieser Länder mit dem Kolonialchauvinismus. Dies kann natürlich nur eine vorübergehende Erscheinung sein, nichtsdestoweniger aber muß man das Übel klar erkennen, seine Ursachen begreifen, um das Proletariat aller Länder zum Kampf gegen einen solchen Opportunismus zusammenschließen zu können. Und dieser Kampf wird unausbleiblich zum Siege führen, denn die „privilegierten“ Nationen bilden in der Gesamtheit der kapitalistischen Nationen einen immer geringeren Teil...

Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage

aus: Lenin (1920): Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage, gegeben von W.I. Lenin auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 26. Juli 1920. In: Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Hrsg. vom Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (1959). S. 165-166.

[...] Drittens möchte ich auf die bürgerlich-demokratische Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern besonders hinweisen. Gerade in dieser Frage ist es zu einigen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Wir stritten darüber, ob es prinzipiell und theoretisch richtig sei, zu erklären, daß die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien die bürgerlich-demokratische Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern unterstützen müssen. Das Ergebnis dieser Diskussion war, daß wir einstimmig beschlossen, anstatt von der „bürgerlich-demokratischen Bewegung“ von der „national-revolutionären Bewegung“ zu sprechen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß jede nationale Bewegung nur eine bürgerlich-demokratische sein kann, denn die Hauptmasse der Bevölkerung in den zurückgebliebenen Ländern besteht aus Bauern, die Vertreter bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse sind. Es wäre eine Utopie, zu glauben, daß proletarische Parteien, wenn sie in solchen Ländern überhaupt entstehen können, imstande sein werden, eine kommunistische Taktik und eine kommunistische Politik in diesen zurückgebliebenen Ländern durchzuführen, ohne in bestimmte Beziehungen zur Bauernbewegung zu treten und ohne sie tatkräftig zu unterstützen. Hier ist jedoch der Einwand erhoben worden, daß jeder Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Bewegung verwischt wird, wenn wir von bürgerlich-demokratischer Bewegung sprechen. Indessen ist dieser Unterschied in letzter Zeit in den zurückgebliebenen und kolonialen Ländern mit aller Klarheit zutage getreten, denn die imperialistische Bourgeoisie bemüht sich nach Kräften, auch unter den unterdrückten Völkern eine reformistische Bewegung ins Leben zu rufen. Zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden Länder und jener der kolonialen Länder ist eine gewisse Annäherung erfolgt, so daß die Bourgeoisie der unterdrückten Länder sehr oft - ja sogar in den meisten Fällen - zwar die nationalen Bewegungen unterstützt, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der

imperialistischen Bourgeoisie, d. h. zusammen mit ihr, alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft. In der Kommission ist das unwiderleglich bewiesen worden, und wir haben es deshalb für das einzig Richtige gehalten, diesen Unterschied zu berücksichtigen und fast überall den Ausdruck „bürgerlich-demokratisch“ durch den Ausdruck „national-revolutionär“ zu ersetzen. Der Sinn dieser Änderung besteht darin, daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren. Sind dagegen diese Bedingungen nicht vorhanden, so müssen die Kommunisten in diesen Ländern die reformistische Bourgeoisie bekämpfen, zu der auch die Helden der II. Internationale gehören. In den kolonialen Ländern gibt es bereits reformistische Parteien, und manchmal bezeichnen sich ihre Vertreter als Sozialdemokraten und Sozialisten. Die Unterscheidung, von der wir gesprochen haben, ist nunmehr in allen Thesen durchgeführt, und deshalb glaube ich, daß unser Standpunkt jetzt viel genauer formuliert ist.

Die marxistische Stellung zu den Kriegen und zur „Vaterlandsverteidigung“

aus: Lenin (1924): *Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“*. In: Ders. (1960): *Über die nationale und die koloniale nationale Frage*. Berlin. S. 439.

[...] Wenn man nicht Sinn und Bedeutung jedes einzelnen Krieges historisch zu analysieren vermag, ist die Losung der Vaterlandsverteidigung fast stets eine spießbürgerliche, von mangelndem Bewußtsein zeugende Rechtfertigung des Krieges.

Der Marxismus gibt eine solche Analyse und sagt: *Wenn* das „wahre Wesen“ eines Krieges *zum Beispiel* der Sturz einer Fremdherrschaft ist (wie dies *insbesondere* für Europa in der Epoche von 1789 bis 1871 typisch war), so ist dieser Krieg seitens des unterdrückten Staates oder der unterdrückten Nation fortschrittlich. *Wenn* das „wahre Wesen“ des Krieges die Neuverteilung der Kolonien, die Teilung der Beute, der Raub fremden Bodens ist (und solch ein Krieg ist der Krieg 1914-1916), dann ist die Phrase von der Vaterlandsverteidigung „reiner Volksbetrug“.

Wie kann man nun das „wahre Wesen“ eines Krieges erkennen, wie kann man es bestimmen? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren. War die Politik imperialistisch, d. h., verteidigte sie die Interessen des Finanzkapitals, war sie eine Politik der Ausplünderung und Unterdrückung von Kolonien und fremden Ländern, dann ist auch der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein imperialistischer Krieg. War die Politik eine Politik der nationalen Befreiung, d.h., war sie Ausdruck der Massenbewegung gegen die nationale Unterdrückung, dann ist der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein nationaler Befreiungskrieg.

Die nationale Frage

aus: Stalin (1924): *Über die Grundlagen des Leninismus*. In: Ders. (1947): *Fragen des Leninismus*. Moskau. S.65-67.

[...] Das bedeutet natürlich nicht, dass das Proletariat jede nationale Bewegung, immer und überall, in allen einzelnen konkreten Fällen unterstützen muss. Es handelt sich um die Unterstützung der nationalen Bewegungen, die auf die Schwächung, auf den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung und Erhaltung gerichtet sind. Es gibt Fälle, wo die nationalen Bewegungen einzelner unterdrückter Länder mit den Interessen der Entwicklung der proletarischen Bewegung in Konflikt geraten. Es ist selbstverständlich, dass in solchen Fällen von einer Unterstützung keine Rede sein kann. [...]

Die zweifellos revolutionäre Natur der gewaltigen Mehrzahl der nationalen Bewegungen ist ebenso relativ und eigenartig, wie die mögliche reaktionäre Natur mancher einzelner nationaler Bewegungen relativ und eigenartig ist. Der revolutionäre Charakter einer nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt keinesfalls voraus, dass an der Bewegung unbedingt proletarische Elemente teilnehmen müssen, dass die Bewegung ein revolutionäres beziehungsweise republikanisches Programm, eine demokratische Grundlage haben muss. Der Kampf des Emirs von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans ist objektiv ein revolutionärer Kampf, trotz der monarchistischen Anschauungen des Emirs und seiner Kampfgefährten, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt, unterhöhlt den Imperialismus, während der Kampf solcher "verbissenen" Demokraten und "Sozialisten", "Revolutionäre," und Republikaner wie, sagen wir, Kerenski und Zereteli, Renaudel und Scheidemann, Tschernow und Dan, Henderson und Clynes während des imperialistischen Krieges ein reaktionärer Kampf war, denn er hatte die Beschönigung, die Festigung und den Sieg des Imperialismus zur Folge. Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und bürgerlichen Intellektuellen für die Unabhängigkeit Ägyptens ist aus denselben Gründen objektiv ein revolutionärer Kampf, obgleich die Führer der ägyptischen nationalen Bewegung bürgerlicher Herkunft und bürgerlichen Standes sind, obgleich sie gegen den Sozialismus sind, wohingegen der Kampf der englischen "Arbeiter"regierung für die Aufrechterhaltung der abhängigen Stellung Ägyptens aus denselben Gründen ein reaktionärer Kampf ist, obgleich die Mitglieder dieser Regierung proletarischer Herkunft und proletarischen Standes sind, obgleich sie "für" den Sozialismus sind. Schon gar nicht zu reden von der nationalen Bewegung anderer, größerer kolonialer und abhängiger Länder, wie Indien und China, bei denen jeder Schritt auf dem Wege zur Befreiung, auch wenn er gegen die Forderungen der formalen Demokratie verstößt, ein wuchtiger Hammerschlag gegen den Imperialismus, das heißt zweifellos ein revolutionärer Schritt ist.

Lenin hat recht, wenn er sagt, dass man die nationale Bewegung der unterdrückten Länder nicht vom Standpunkt der formalen Demokratie, sondern vom Standpunkt der wirklichen Resultate in der Gesamtbilanz des Kampfes gegen den Imperialismus einschätzen muss, das heißt "nicht isoliert, sondern im Weltausmaß"[...].

Die Kritik in Rußland

aus: Lenin (1902): Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: Ders. (1982): Ausgewählte Werke. Bd. 1. Frankfurt am Main. S. 349-351.

Die wichtigste Besonderheit Rußlands in der Frage, die hier zu behandeln ist, besteht dann, daß schon der *eigentliche Beginn* der spontanen Arbeiterbewegung einerseits und der Wendung der fortgeschrittenen öffentlichen Meinung zum Marxismus andererseits gekennzeichnet war durch eine Vereinigung offenkundig heterogenen Elemente unter gemeinsamer Flagge und zum Kampf gegen den gemeinsamen Gegner (die veraltete soziale und politische Weltanschauung). Wir sprechen vom Honigmond des „legalen Marxismus“. Das war überhaupt eine außerordentlich originelle Erscheinung, die in den achtziger oder zu Beginn der neunziger Jahre niemand auch nun für möglich gehalten hätte. In einem absolutistischen Lande, wo die Presse völlig versklavt ist, in der Epoche einer wüsten politischen Reaktion, die die geringsten Anzeichen von politischer Unzufriedenheit oder Protest verfolgt, bricht sich plötzlich in der *unter Zensur stehenden* Literatur die Theorie des revolutionären Marxismus Bahn, dargelegt in einer äsopischen, aber für alle „Interessierten“ verständlichen Sprache. [...]

Heute kann von dieser Zeit ganz ruhig wie von etwas Vergangenen gesprochen werden. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die kurze Blüte des Marxismus an der Oberfläche unserer Literatur durch das Bündnis extrem-radikaler mit sehr gemäßigten Leuten hervorgerufen wurde. Im Grunde genommen waren die Letztgenannten bürgerliche Demokraten, und dieser Schluß (der durch ihre weitere „kritische“ Entwicklung offenkundig bestätigt worden ist, drängte sich manch einem schon zu einer Zeit auf, als das „Bündnis“ noch intakt war. [...]

Nur wer zu sich selbst kein Vertrauen hat, kann sich von vorübergehenden Bündnissen, und sei es auch mit unzuverlässigen Leuten, fürchten, und keine einzige politische Partei könnte ohne solche Bündnisse existieren. [...]

Der Bruch ist natürlich nicht dadurch hervorgerufen worden, daß sich die „Bundesgenossen“ als bürgerliche Demokraten entpuppten. Im Gegenteil, die Repräsentanten dieser letzten Richtung sind die natürlichen und willkommenen Bundesgenossen der Sozialdemokratie, soweit er sich um die demokratischen Aufgaben der Sozialdemokratie handelt, die durch die gegenwärtige Lage Rußlands in den Vordergrund gerückt werden. Die notwendige Voraussetzung eines solchen Bündnisses ist aber, daß die Sozialisten die volle Möglichkeit haben, von dem Proletariat den feindlichen Gegensatz seiner Interessen zu den Interessen der Bourgeoisie zu enthüllen. Das Bernsteinianertum¹⁵ aber und die „kritische“ Richtung, zu der sich die Mehrheit der legalen Marxisten samt und sonders bekehrt hatte, machten diese Möglichkeit zunichte und demoralisierten das sozialistische Bewußtsein, indem sie den Marxismus vulgarisierten, die Theorie der Abstumpfung der sozialen Gegensätze predigten, die Idee der sozialen Revolution und der Diktaten des Proletariats für ein Unding erklärten, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf auf engen Trade-Unionismus¹⁶ und „realistischen“ Kampf um kleine, allmähliche Reformen beschränkten. Das war völlig gleichbedeutend mit der Haltung der bürgerlichen Demokratie, die das Recht des Sozialismus auf Selbständigkeit und folglich auch seine Existenzberechtigung verneint; das bedeutete in der Praxis das Bestreben, die aufkommende Arbeiterbewegung in ein Anhängsel der Liberalen zu verwandeln.

¹⁵ Eduard Bernstein (1850-1932) war ein sozialdemokratischer Politiker in Deutschland. Im sog. „Revisionismusstreit“ in der SPD von 1903, vertrat er gegen die marxistischen Kräfte in der Partei (zu denen damals auch noch Kautsky gehörte) eine reformistische Position. Er war der Auffassung, dass der Weg zum Sozialismus nicht über eine Revolution, sondern über Reformen gegangen werden müsste. Im Zuge des Ersten Weltkrieges hat Kautsky sich seiner Position angenähert.

¹⁶ Trade-Unionismus = ausschließlich gewerkschaftlicher (Lohn-)Kampf; „trade-union“ = Gewerkschaft, engl.

Natürlich war unter diesen Umständen der Bruch notwendig. [...]

III. Antiimperialismus heute: Besatzungsrealität und Gegenkräfte

Werkzeugfragen:

1. Was ist unter dem Begriff „Rekolonialisierung“ zu verstehen?
2. Welche Gründe/Rechtfertigungen führen die Vertreter der USA an, welche strategischen und ökonomischen Interessen stehen dahinter?
3. Wie setzt sich (nach Guilliard) der Widerstand im Irak zusammen? Aus welchen Motiven leisten die Menschen Widerstand? Wie beurteilt ihr in diesem Zusammenhang die Haltung der KP Irak?

Arbeitsfragen:

4. Die Linke ist im Widerstand kaum oder nur wenig vertreten. Welche Konsequenzen hat das für unsere Haltung zur Widerstandsbewegung? Ist der Widerstand antiimperialistisch?
5. Diskutiert die Kritik Mayers und Deppes am „klassischen“ Antiimperialismus. Teilt ihr die Einschätzungen zum „reaktionären“ Antiimperialismus und zum „Dritten Weg“ zwischen dem „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Block? Zieht auch die Ergebnisse aus dem bisherigen Seminarverlauf heran.
6. Diskutiert die Bedeutung der antiimperialistischen Solidarität für die Politik der SDAJ. Welche Möglichkeiten haben wir – als sozialistischer Jugendverband in Deutschland – heute Antiimperialismus (z.B. in Bezug auf Afghanistan) konkret umzusetzen? Und: Welche Bedeutung hätte der Sieg des irakischen Widerstands für uns?

Demokratischer Imperialismus. US-Geopolitik zur Rekolonialisierung der Welt

aus: Jürgen Wagner (2006): Demokratischer Imperialismus. US-Geopolitik zur Rekolonialisierung der Welt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2006. S. 1097-1103.

Amerika sei niemals ein Imperium gewesen und beabsichtige auch keines zu werden, versicherte unlängst US-Präsident George W. Bush. Dennoch bereitet sich Washington seit geraumer Zeit unter dem Deckmantel von „Stabilitätsexport“ und „Nation-Building“ auf die dauerhafte Besetzung und radikale Umgestaltung so genannter „gescheiterter Staaten“ (*failed states*) vor. In den letzten Monaten wurden zu diesem Zweck Pentagon, US-Außenministerium und die amerikanische Entwicklungshilfe einer grundlegenden Reorganisation unterzogen. Dabei zeigt sich zunehmend, dass der „Krieg gegen den Terror“ zugleich als ein Mittel zur globalen Durchsetzung einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung instrumentalisiert wird, die immer mehr Züge eines klassischen Kolonialismus annimmt.

Schon lange fordern US-Neokonservative, endlich jede Bescheidenheit abzulegen und sich offen zum amerikanischen Imperium zu bekennen. (...) Begründet wird dieser imperiale Kurswechsel damit, dass er die einzig effektive Bekämpfung des Terrorismus darstelle. Um diese These zu untermauern, gab die US-Regierung in den letzten Jahren zahlreiche Studien in Auftrag, die allesamt zu dem Ergebnis gelangten, die gewaltsame Befriedung und Besetzung gescheiterter Staaten müsse zur Hauptaufgabe der US-Außenpolitik werden: „Vom Sudan über Afghanistan nach Sierra Leone und Somalia: Wenn solche Machtvakuen in der Vergangenheit Großmächte gefährdeten, hatten diese eine schnelle Lösung parat: Imperialismus.“

[...] Die Logik des Neoimperialismus ist für die Bush-Regierung zu überzeugend, um ihr zu widerstehen. Das Chaos in der Welt ist zu gefährlich, um ignoriert zu werden.“ Diese plakative Begründung eines „postmodernen Imperialismus“ wurde von der Bush-Regierung bereitwillig aufgegriffen. Entsprechend argumentiert Stephen Krasner, Leiter der Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. Die beste Lösung ist [deshalb] die Einrichtung einer De-facto-Treuhandschaft oder eines Protektorats.“ Dieses mit der Bekämpfung des Terrorismus legitimierte Vorgehen wird vom einflussreichen *Council on Foreign Relations* offen mit einem „Regime Change“ verknüpft: „Das ultimative Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es, unsere Macht – allein, falls nötig – dafür zu nutzen, Demokratien mit freier Marktwirtschaft auf dem ganzen Globus auszudehnen.“

Die Vereinigten Staaten als „Bodyguard der Globalisierung“

(...) Dieser Ansatz fand bereits Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002 und wurde in deren Neufassung vom März 2006 nochmalig bestärkt. Tatsächlich ist diese „Systemadministration“ – neben der Kontrolle der Weltölvorkommen – die Grundlage der US-Strategie zur dauerhaften Sicherung der eigenen Vormachtstellung. Denn während die neoliberale Globalisierung zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt, sind die Vereinigten Staaten zugleich wichtigster Antreiber und Profiteur dieses Prozesses. Es geht hierbei allerdings um mehr als „nur“ um die Profitinteressen einzelner Großkonzerne – nämlich darum, eine fundamental ungerechte Weltwirtschaftsordnung militärisch abzusichern: „Das Freihandelssystem des 19. Jahrhunderts wurde von der Royal Navy geschützt und ausgeweitet. Die einzige Macht, die in der Lage ist, heute eine vergleichbare Rolle zu spielen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“ (...) Gerade aus den dramatischen Problemen in Afghanistan und im Irak zog man die Schlussfolgerung, dass die US-Streitkräfte in zwei Richtungen umstrukturiert werden müssen. Schon im April 2004 kündigte Präsident Bush ein neues Stationierungskonzept an, das sich im Wesentlichen daran orientiert, künftig häufiger und vor allem schneller militärisch aktiv werden zu können. Diese Optimierung der Interventionsfähigkeit wird derzeit, wie von Barnett nachdrücklich gefordert, um einen zweiten Aspekt ergänzt, der sich direkt aus der Erkenntnis ableitet, dass heutzutage der dauerhaften „Stabilisierung“ – sprich: der Kontrolle – eine ebenso große Bedeutung zukommt wie dem vorausgehenden militärischen Sieg. (...) Dementsprechend fordert die von Verteidigungsminister Rumsfeld in Auftrag gegebene Studie des *Defense Science Board*: „Stabilisierungs- und Wiederaufbaupmissionen müssen zu einer Kernkompetenz sowohl des Verteidigungs- als auch des Außenministeriums werden.“ Dieser Vorschlag wurde nun vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen. (...) Die Reichweite dieser Direktive wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dies eine vollständige Reorganisation des Pentagon, seiner Trainingsmethoden, Ausbildungslehrgänge und auch der „Karriereleitern“ erfordert. (...)

Amerikas „Kolonialbüro“

Bereits im Juli 2004 richtete das US-Außenministerium ein „Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung“ ein. Die Aufgabe der auch als „Kolonialbüro“ titulierten Einrichtung besteht laut Selbstbeschreibung darin, „Gesellschaften beim Übergang von

Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.“ (...) Wer also nicht „verantwortlich“ im Sinne Washingtons handelt, ist man geneigt zu vermuten, der wird eben so lange besetzt, bis er sich eines Besseren besinnt. Darüber hinaus werden auch die US-Diplomaten direkt in die imperiale Zielsetzung einbezogen. Im Zuge der Neuausrichtung der US-Außenpolitik wird auch die Entwicklungshilfe instrumentalisiert und umgestaltet. (...)

Angesichts der jüngsten Erfahrungen im Irak und in Afghanistan drängt sich indes die Frage auf, ob militärischer „Stabilitätsexport“ überhaupt praktikabel ist. Die Kluft zwischen Demokratisierungsanspruch und Besatzungswirklichkeit ist jedenfalls extrem groß. Daher versuchen Einrichtungen wie die neokonservative *Hoover Institution*, diese Kluft argumentativ zu überbrücken. Ein demokratischer Übergang, so Stanley Kurtz in seinem Aufsatz über „demokratischen Imperialismus“, sei nur „sehr langsam“ zu bewerkstelligen. Prinzipiell sei es unklug, „demokratische Wahlen in einem grundsätzlich illiberalen Umfeld durchzuführen. [...] Dies legt es nahe, dass eine Periode quasiimperialer und somit undemokratischer Kontrolle eine notwendige Bedingung für Demokratie sein könnte.“

Rekrutierungshilfe für Terrororganisationen

In den betroffenen Ländern trifft diese Politik verständlicherweise auf Widerstand. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf die implementierte neoliberale Wirtschaftspolitik. So bezeichnet beispielsweise „Focus on the Global South“ die Strategie der US-Regierung im Irak offen als eine „Invasion“, die lediglich einem Ziel diene, „Destroy and Profit“: „Seit der Invasion im Jahr 2003 haben die Vereinigten Staaten versucht, nahezu sämtliche Sektoren der irakischen Wirtschaft für ausländische Investoren zu öffnen, das Land für den internationalen Handel aufzubrechen, ein massives Privatisierungsprogramm zum Verkauf von über 150 staatseigenen Betrieben aufzulegen, den Finanzmarkt zu liberalisieren, [...] und die Grundlagen für die endgültige Privatisierung des irakischen Öls zu legen.“ (...) Denn die humanitäre Situation im Land hat sich, nach übereinstimmenden Berichten verschiedener Hilfsorganisationen, seit dem US-Einmarsch dramatisch verschlechtert. Und auch in Afghanistan scheint das avisierte Nation-Building kaum erfolgreicher zu verlaufen. Neoliberaler „Stabilitätsexport“ im Sinne einer Anti-Terror-Maßnahme erweist sich nicht nur als wenig praktikabel, sondern – schlimmer noch – als kontraproduktiv, da die Besatzung von den Besatzern offensichtlich weithin klassisch als „Lizenz zum Plündern“, verstanden wird, empfinden immer mehr Menschen das Nation-Building nicht als Demokratisierung, sondern als Okkupation. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam – und zum Teil mit terroristischen Methoden – zur Wehr zu setzen. Dementsprechend bestätigt Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, in seiner breit angelegten Studie, dass nahezu alle Selbstmordattentate „nicht einfach ein Ergebnis irrationaler Individuen oder fanatischen Hasses sind. Das vorrangige Ziel von Selbstmordattentaten ist es, [...] die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Hieraus erkläre sich auch der dramatische Anstieg solcher Attentate in den letzten Jahren; die „enge Verbindung zwischen ausländischer Besatzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten“ sollte Anlass sein, die eigene Strategie zu überdenken.

Dennoch scheint die Regierung in Washington fest entschlossen zu sein, auf jede Bedrohung ihrer Interessen militärisch zu reagieren. Aufschlussreich ist dabei, wie viel Aufmerksamkeit dem Phänomen gescheiterter Staaten zukommt, während dessen Entstehungsursachen geflissentlich ignoriert werden. Armut oder die Folgen

der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds werden als mögliche Konfliktursachen konsequent ausgeblendet. Wer in seinen „Analysen“ auf diese Weise verfährt und dadurch zum Schluss gelangt, die betreffenden Länder müssten erobert und anschließend unter quasi-koloniale Kontrolle gestellt werden, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Genau das ist aber die traurige Praxis, die sich gegenwärtig hinter dem beschönigenden Begriff des „Stabilitätsexports“ verbirgt.

Die irakische Gegenwehr

aus: Joachim Guilliard (2004): *Die irakische Gegenwehr. IMI-Studie „Im Treibsand Iraks“*. In: UZ vom 10.12.04. S. 9.

"Souveränität und Demokratie ist im Irak nicht in Sicht, im Entstehen ist stattdessen eine US-hörige koloniale Diktatur. Auf internationaler Ebene wird den US-Plänen kaum etwas entgegengesetzt, wirksame Gegenwehr kommt bisher nur aus dem Irak selbst. Hier hat sich in verhältnismässig kurzer Zeit ein sehr breiter und vielfältiger Widerstand entwickelt, der in dieser Vielfalt im Westen nicht wahrgenommen wird." schreibt Joachim Guilliard in seiner IMI-Studie "Im Treibsand Iraks". (...)

Orientiert auf spektakuläre Ereignisse, wird in den Medien nur über Aufsehen erregende bewaffnete Aktionen berichtet und auch hier vorwiegend über die Anschläge, die das Bild zielloser, rücksichtsloser Gewalt stützen. Dabei ist das politische Leben äußerst rege, zahlreiche unabhängige Organisationen sind entstanden, wie z. B. die Gewerkschaft der arbeitslosen Arbeiter, die Organisation für die Freiheit der Frauen oder das Komitee für die Bildung von Arbeiterräten und Gewerkschaften, die ihre zunehmend radikalere Opposition zur Besatzung durch vielfältige politische Aktionen ausdrücken. Einer der vielversprechendsten Ansätze, die unterschiedlichen Kräfte in breiten Bündnissen zusammenzufassen, ist die Bewegung für eine "Nationale Versammlung für einen unabhängigen und vereinten Irak", die nach Ansicht Hana Ibrahims vom Occupation Watch Center in Bagdad auch sehr deutlich die angebliche Alternative zwischen Fortdauer der Besatzung und Rückkehr zur Diktatur zurückweist. Vertreter von etwa 50 Organisationen beteiligten sich auf mehreren Vorbereitungstreffen an den Diskussionen über die Gestalt eines zukünftigen Iraks und den Weg dahin. Vertreten waren religiöse Organisationen aller Konfessionen, säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, führende Persönlichkeiten aus Falludscha und anderen Städten mit einer starken Opposition gegen die Besatzung, sowie Personen, die Ajatollah al-Sistani bzw. Moktadar Al Sadr nahe stehen. Im Zentrum aller Treffen stand der Appell an die Einheit aller Iraker. Auf einem Gründungskongress der Bewegung, der mit etwa 500 Teilnehmer am 8. Mai 2004 in Bagdad stattfand, wurde eine Plattform erarbeitet und ein 16-köpfiger Ausschuss gewählt. Der Kongress sprach sich strikt gegen jegliche Unterstützung von Institutionen, die von der Besatzungsmacht geschaffen wurden, aus. Dazu gehört auch die Nationalversammlung, die noch im Sommer unter US-Aufsicht zusammengestellt wurde und die Interimsregierung beraten soll. Dagegen sollen eigene politische Strukturen aufgebaut werden, um den Irak zu befreien - mit allen legitimen Mitteln.

Der Kongress lehnt bewaffneten Widerstand nicht ab, da er das natürliche Recht eines jeden Volkes sei, will aber friedliche Mittel bevorzugen. (...) Es würde nicht unterschieden "zwischen Widerstand und Terrorismus oder zwischen der gegen die Besatzung eingestellten Zivilgesellschaft und jenen die Gewalt anwenden", ergänzte der Sprecher des Kongresses, ein aus dem britischen Exil zurückgekehrter

Wissenschaftler. "Sie bezeichnen uns alle zusammen als Saddams Überreste, Reaktionäre, Rachesuchende, Söldner, Irregeleitete oder Ausländer."

Tatsächlich bestimmt noch immer die Propaganda der USA und der mit ihnen verbündeten irakischen Organisationen maßgeblich das Bild vom irakischen Widerstand. Die Rede ist von "Überresten des alten Regimes", "islamistischen Fanatikern", (...) von hasserfüllten Aufständischen ohne politisches Programm, die nur Chaos verbreiten und sich gegen die "Demokratisierung" und "Modernisierung" ihres Landes stemmen. Doch auch der bewaffnete Widerstand ist weder geprägt von "Gotteskriegeren", die für einen islamischen Staat kämpfen, noch von Saddam-Anhängern, die die alten Verhältnisse wieder herstellen wollen. Sicherlich spielen der Islam und die Moscheen sowie das Bestreben dem Islam einen größeren Einfluss in der Gesellschaft zu verschaffen für viele Gruppierungen eine wichtige Rolle. Der Einfluss islamischer Kräfte, die nach dem Wegfall der alten staatlichen Institutionen teilweise das Vakuum füllten, ist beträchtlich (...). Es gibt aber keine nennenswerten Kräfte, die eine Herrschaft der Ajatollahs anstreben. (...)

In dem Maße, wie im April die Kämpfe in Falludscha, Nadschaf und den vielen anderen Städten ein völlig anderes Bild vom Widerstand und seinem Rückhalt in der Bevölkerung vermittelten, wurde trotz offizieller Propaganda zunehmend auch in der westlichen Öffentlichkeit anerkannt, dass im Irak eine klassische Widerstandsbewegung entstanden ist.

So stellte beispielsweise der britische Guardian fest, dass es dem Widerstand ganz offensichtlich gelungen ist, einen erfolgreichen Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen zu entfalten, der sich auf breite Unterstützung der Bevölkerung stützen kann. Es würde auch immer deutlicher, dass das Vorgehen der Guerilla im Irak weitgehend mit den Taktiken anderer Befreiungsbewegungen der jüngeren Geschichte übereinstimmt: die hauptsächlichen Ziele sind die Besatzer selbst sowie die einheimischen Polizisten und Soldaten, die für sie arbeiten.

Wo dies nicht der Fall war, beispielsweise bei solchen Gräueltaten gegen Zivilisten wie der Bombenanschlag in Kerbala im März 2004, würden sie einer angeblich zu Al Qaida gehörigen Gruppe um den Jordanier Abu Musab Al-Zarqawi zugeschrieben, dessen wahre Rolle Gegenstand vieler Spekulationen unter Irakern sei. (...)

Dessen ungeachtet ist der militärische Widerstand nach wie vor äußerst diffus. Seine genaue Zusammensetzung, die gesellschaftliche Basis, Ideologie und die Breite der Unterstützung der verschiedenen Organisationen, ist von außen kaum einschätzbar. In den meisten Verlautbarungen und Äußerungen führender Mitglieder bleiben die politischen Ziele für die Zeit nach der Besatzung eher vage, enthalten in der Regel aber Bekenntnisse zu Demokratie, Pluralismus und der Anerkennung von Menschen- und Minderheitenrechten. Recht detaillierte Vorschläge, für den politischen Übergangsprozess nach Abzug der Invasoren, enthält ein Kommuniqué des "Vereinigten Nationalen Rates des Irakischen Widerstandes" (UNCIR) vom 21. April 2004, dem nach eigener Darstellung "Kämpfer der Baath-Partei", ehemalige Angehörige von Armee und Sicherheitsdiensten, sowie "Zehntausende irakischer Patrioten" angehören und dem sich auch die "edlen Scheichs der Stämme, die religiösen Mudschahedin und zahllose islamische Kräfte" angeschlossen hätten. Das Programm sieht laut Kommuniqué nach Abzug der Besatzer eine zweijährige "Übergangsregierung der Nationalen Einheit" vor. Diese hätte u. a. die Aufgabe die "staatlichen Verwaltungsstrukturen und ihre lebensnotwendigen Dienstleistungen" wiederherzustellen und innerhalb von zwei Jahren Wahlen für einen "neuen Nationalrat" durchführen - unter "Aufsicht der Arabischen Liga, internationaler Beobachter und angesehener internationaler Organisation, die mit demokratischen Prozessen vertraut sind". Eine neue Verfassung soll erarbeitet und der Bevölkerung

zur Abstimmung vorgelegt werden. Die politischen Freiheiten sollen auf Basis eines besonderen Gesetzes "zur Gewährleistung der Freiheit der Gründung von Parteien, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Freiheit der Herausgabe von Zeitungen und der Herstellung der Pressefreiheit unter Berücksichtigung patriotischer Kriterien" und zur "Durchsetzung des Rechtsstaates" garantiert werden. (...)

Inwieweit es diesem Vereinigten Nationalen Rat, einem der großen Widerstandsbündnisse, gelingen wird, sich mit den anderen Strömungen des Widerstands und zivilen Organisationen auf ein gemeinsames Programm zu einigen, bleibt abzuwarten - die Charakterisierung eines Teils der Kämpfer als "Helden des nationalen Sicherheitsapparates" dürfte dabei wenig hilfreich sein.

Neben Vorbehalten wegen seiner Zusammensetzung stößt der Widerstand im Westen vor allem aufgrund der Rücksichtslosigkeit vieler Aktionen, denen immer wieder viele Unbeteiligte zum Opfer fallen, sowie terroristischer Bombenanschläge auf Menschenmengen, die der Bewegung als ganzes angelastet werden, auf breite Ablehnung. Völkerrechtler wie Norman Paech weisen darauf hin, dass bewaffneter Widerstand gegen die Besetzung durchaus legitim ist, sich aber auch dieser an die Gesetze des humanitären Völkerrechts zu halten hat. Vertreter der Antikriegsbewegung erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass letztlich die Besetzung Ursache aller der Gewalt ist und daher die Invasoren in erster Linie dafür die Verantwortung tragen. Die Antikriegsbewegung schulde dem irakischen Widerstand viel, schrieb beispielsweise der philippinische Soziologe und Träger des alternativen Nobelpreises Walden Bello, da durch ihn viele aggressive Pläne der USA gegenüber anderen Ländern gestoppt oder verzögert wurden. "Sein Gesicht jedoch ist nicht hübsch und viele fortschrittliche Bewegungen in den USA und dem Westen zögern, ihn als Alliierten zu akzeptieren." Diese Skrupel sind für ihn ein Haupthindernis beim Aufbau einer dauerhaften Friedensbewegung in den USA und den anderen westlichen Staaten. "Aber es hat nie eine hübsche Befreiungsbewegung gegeben", so der Direktor von Focus on the Global South weiter, und viele westliche Progressive wandten sich daher früher schon gegen die antikolonialen Bewegungen in Afrika, die FLN in Algerien, die NLF in Vietnam etc. "Doch die Widerstandsbewegung verlangt keine politische oder ideologische Unterstützung. Alles was sie sucht, ist internationaler Druck für den Rückzug einer unrechtmäßigen Besatzungsmacht, damit interne Kräfte den Raum bekommen, eine wirklich nationale Regierung formen zu können. Auf Basis dieses begrenzten Programms können sich sicherlich Progressive in aller Welt und der irakische Widerstand verbünden." (...)

Die UZ, die IKP und andere Kommunisten im Irak

aus: Joachim Guilliard (2007): *Die UZ, die IKP und andere Kommunisten im Irak*. In: *Berliner Anstoß - Monatsschrift der Berliner Bezirksorganisation der DKP*, Juni 2007, http://anstoess.dkp-berlin.info/Jun_07/Irak.html.

Das Thema Irak fristet an sich in der UZ eher ein Schattendasein. Ausnahmen sind immer wieder umfangreiche Interviews mit Vertretern der „Irakischen Kommunistischen Partei“ (IKP).

Mehr scheint wohl auch nicht nötig, da die Dinge im großen und ganzen ja in die richtige Richtung laufen, zumindest nach Ansicht der wichtigsten Gewährsleute der Parteizeitung. „Die USA und ihre Alliierten sind nach wie vor eine starke Kraft im Irak, aber die Entwicklung im Irak zeigt deutlich, dass die eigenen Kräfte unseres Landes in der Lage sind, die Richtung, den Inhalt und den Weg der politischen Entwicklung zu steuern,“ behauptet Rashid Ghewielib in der Ausgabe vom 4. Mai.

Mit dieser Ansicht steht Ghewielib ziemlich allein, genießen die irakischen Institutionen doch, wie es der Völkerrechtsprofessor Sir Adam Roberts ausdrückte, die „gleiche Unabhängigkeit wie ein Hund an der Leine“. Solange er in die gleiche Richtung wie sein Herr trotten will, ist dieser auch „frei“. Jeder weiß, dass die wesentlichen Entscheidungen für den Irak in Washington und in der riesigen US-Botschaft in Bagdad gefällt werden. Im Krieg der US-Truppen gegen die Gegner der Besatzung haben auch die irakischen Verbündete keinerlei Mitsprache. Als vor kurzem der irakische Premier nach breiten landesweiten Protesten gegen die Mauer um einen „aufständischen“ Stadtteil Bagdads einen unverzüglichen Baustopp verfügte, haben die zuständigen US-Kommandeure nur gegrinst: Die Mauer wurde fertiggestellt und 10 weitere um ebenso widerspenstige Stadtviertel werden folgen. Auch das neue Interview reiht sich nahtlos in die Politik der IKP der letzten Jahre ein. Von Beginn an hat sie sich nach Kräften bemüht, die reale Besatzungsherrschaft als „politischen Prozess“ hin zur „Demokratie und Unabhängigkeit“ zu verklären. Sie bedient sich dabei stets derselben Rosstäuscherei: die im Irak übliche Kritik an den Besatzern wird zwar in ein paar allgemein gehaltenen Floskeln aufgegriffen, anschließend jedoch wieder völlig negiert, in dem man sich ohne wenn und aber hinter den von den USA betriebenen „politische Prozess“ stellt. Selbstverständlich sei man gegen die Besatzung, so wird stets versichert, aber gehen sollen die fremden Truppen doch bitte erst, wenn irakische Regierung und Armee die Lage allein im Griff haben – mit anderen Worten, wenn es den USA und ihren Verbündeten gelungen ist, ihre Ziele umzusetzen.

Für Versorgungsprobleme und den fehlende Wiederaufbau macht Ghewielib einmal mehr den Widerstand verantwortlich. Die Berichte über die Veruntreuung von zig Milliarden Dollar, die sich US-Konzerne ohne sichtbare Gegenleistung in die Taschen steckten oder völlig spurlos verschwanden sind ihm und seinen Genossen offenbar entgangen. Der Hauptwiderspruch ist für ihn offensichtlich zwischen denen, „die den politischen Prozess unterstützen“ und „denen, die versuchen, sich durch Terror und Gewalt als ‚Widerstand‘ darzustellen.“

Die IKP hat sich von Anfang an gegen den Widerstand gestellt. Demagogisch werfen ihre Vertreter alle Gewalttaten in einen Topf und schreiben sie pauschal dem Widerstand zu. Sicherlich gibt es Terrorgruppen und sektiererische Milizen, die im [Irak] ihr Unwesen treiben. Viele stehen jedoch den Regierungsparteien nahe und gehören wie die Folter zum hässlichen Gesicht ihres „politischen Prozesses“. Auf der anderen Seite kann man selbst den Statistiken der US-Armee entnehmen, dass sich die Angriffe des nationalen Widerstands selbst, nahezu ausschließlich gegen die Besatzer und ihre einheimischen Hilfstruppen richten. Und diese Angriffe werden Umfragen zufolge von fast zwei Dritteln aller Iraker und sogar 91% der Sunniten unterstützt.

Angeblich hat sich die IKP auch den „Kampf gegen Privatisierungen“ auf die Fahnen geschrieben und möchte erreichen, „dass das Öl nicht aus der staatlichen Kontrolle gerät“. Ohne den Widerstand wäre dies aber bereits Realität. Rashid G. bedauert, dass aufgrund der Sabotage an den Pipelines wenig Öl exportiert werden kann. Wohin würden denn seiner Meinung nach die Einnahmen fließen? Etwa in die Versorgung mit Lebensmittel oder Medizin? Die USA geben über fünf Milliarden US-Dollar pro Monat für den Krieg aus, in den Krankenhäusern gibt es aber oft noch nicht mal mehr Verbandmaterial. – Ist dies die Schuld des Widerstands?

Es gibt zudem nicht nur den bewaffneten Widerstand, sondern trotz Besatzungsherrschaft, Repression, Folter und Todesschwadronen auch eine sehr aktive zivile Opposition, auch eine gewerkschaftliche. Die IKP und die von ihr dominierte Gewerkschaft sind jedoch in keinem der zivilen Widerstandsbündnisse vertreten.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass keine Kommunisten am Widerstand beteiligt sind. Wenn Rashid G. behauptet, es gäbe keine Abspaltungen von der offiziellen KP, so ist das natürlich glatt gelogen. Bedeutende Teile haben sich bereits viel früher abgespalten, so die „IKP (Zentralkommando)“ und die „IKP (Kader)“ – nicht zu letzt auch wegen Paktierens der Parteiführung mit Gegnern Iraks.

Abgewandt hat sich zu Beginn der Besatzung beispielsweise auch die langjährigen Politbüromitglieder (...). [Sie] beteiligen sich seither aktiv am Widerstand. Baqer Ibrahim ist Mitglied im Generalsekretariat des *Irakischen Nationalen Gründungskongresses* (INFC), einer Dachorganisation die nach dem Vorbild des Afrikanischen Nationalkongress (ANC) einen guten Teil des zivilen Widerstands zusammenfasst. I[h]m gehören über hundert Organisationen und zahlreiche prominente Persönlichkeiten an, darunter Vertreter aller Konfessionen, sowie säkulare, nationale und linke Gruppierungen.

Ahmed Karim ist als Führer der „Demokratischen kommunistischen patriotischen Strömung“ Mitglied im „Vereinigten Politischen Kommando des irakischen Widerstands“, dem bisher breitesten Widerstandsbündnis. Neben baathistischen, panarabischen, linken und religiösen Gruppen gehören ihm auch der INFC und drei der bedeutendsten Guerillaorganisationen an. Bei allen dreien erkennen selbst US-amerikanische „Terrorismusexperten“ an, dass sie keine Bombenanschläge gegen Zivilisten durchführen oder Geiseln entführen.

Neben Karims „Strömung“ sind auch noch weitere kommunistischen Parteien und Gruppen in diesem Bündnis beteiligt. So die IKP (Zentralkommando) und die kommunistische *Volkunion*. Letztere wird z.B. von der spanischen KP auch als Schwesterorganisation anerkannt. (...)

Seit kurzem macht auch eine marxistische Guerillagruppe, der „Irakische bewaffnete revolutionäre Widerstand“ von sich reden. In Flugblättern, das mit dem Bild von Che Guevara geschmückt sind, bekannte sich die Gruppe, die sich als „Bewegung irakischer Kommunisten und Marxisten, mit Erfahrung im bewaffneten Kampf und linken Nationalisten“ beschreiben, zu einigen Angriffen auf US-Truppen und rief zum „Widerstand gegen die amerikanischen, britischen und zionistischen Besatzer, um den Irak zu befreien und eine sozialistische, demokratische Alternative zu schaffen.

Die zahlenmäßige Stärke dieser patriotischen und antiimperialistischen kommunistischen Gruppen ist nicht groß, dennoch haben sie einen gewissen politischen Einfluss auf die Widerstandsbewegung. Die offizielle KP spielt hingegen im Irak praktisch überhaupt keine Rolle mehr. Nachdem sich die Parteiführung mit ihrem Eintritt in den vom Statthalter Paul Bremer eingesetzten „Regierungsrat“ offen an die Seite der Besatzer gestellt hatte, verspielte sie beim Gros ihrer Mitglieder und Sympathisanten den letzten Kredit. „Die Ankündigung traf einige Parteimitglieder, die ich in Bagdad letztes Jahr traf, wie ein Schock“, so Sami Ramadani von den „Irakischen Demokraten gegen die Besatzung. „Von diesem Tag an wurde die Partei von den meisten Irakern als kollaborierende Kraft angesehen, deren Führer z.T. nun ihr Gehalt von der Besatzungsbehörde beziehen.“ (...)

„Zerfallendes Protektorat“.

Die Zerstörung Afghanistans, ein Werk der Imperialmächte

aus: *Matin Baraki (2006): „Zerfallendes Protektorat“. Die Zerstörung Afghanistans, ein Werk der Imperialmächte. In: junge Welt vom 11. November 2006. S. 10-11.*

[...] Der 11. September 2001 wurde zum Anlaß des Krieges gegen Afghanistan, obwohl dieser schon lange vorher geplant war. Bereits im Juli 2001 hatte die Bush-Administration ihren regionalen Verbündeten Pakistan über einen diesbezüglichen Plan informiert, offenbarte der ehemalige pakistanische Außenminister Naiz Naik, der an den geheimen Treffen u.a. zwischen den Regierungsvertretern der USA und Abgesandten der Taliban in den Jahren 2000 und Anfang 2001 in einem Berliner Hotel teilgenommen hatte. Ende September 2006 brüstete sich auch der ehemalige US-Präsident Bill Clinton damit, einen solchen Krieg gegen Afghanistan geplant zu haben.

Unter dem formalen Dach der UNO wurde das Land zu einem Protektorat der „internationalen Gemeinschaft“ degradiert. Seit Beginn der neunziger Jahre wird das „liberale Protektorat“ und die „Treuhandenschaft“ als eine Chance zu „nation building“ und zur Demokratisierung von außen propagiert. Die „failing states“ sollen für geraume Zeit unter internationale Verwaltung gestellt werden, und es wird einem „neuen Interventionismus“ der westlichen Mächte mit „robustem“ militärischem Mandat das Wort geredet. (...) In Afghanistan wurde sie (diese Theorie) umgesetzt mit dem bekannten Ergebnis. Da die internationale Gemeinschaft zum größten Teil aus NATO-Ländern unter US-Führung besteht, ist sie selber voreingenommen und Partei. Sie kann die Probleme des Landes nicht lösen - im Gegenteil, sie ist Teil des Problems geworden. Da die UNO zur Schaffung der Protektorate wesentlich mitbeigetragen und sich damit diskreditiert hat, kann sie keine angemessene und glaubwürdige Führungsfunktion mehr übernehmen. Weil Protektorate faktisch Kolonien sind, können im günstigsten Fall Probleme nur verschoben, im ungünstigsten Fall verschlimmert werden. Zu einer Lösung kommt es in der Tat nicht, wie das Beispiel Afghanistan deutlich macht.

Gerade durch den Status als Protektorat ist die Wirtschaft Afghanistans zerstört worden. Wie der Kabuler Wirtschaftsminister Mohammad Amin Farhang hervorhob, bestehen 99% aller Waren auf dem afghanischen Markt aus Importen. Afghanistan ist längst zum Dorado für die Exporteure der Industrieländer geworden. Der einheimischen Wirtschaft wird jegliche Chance genommen, sich zu entwickeln. (...) Afghanistan ist längst zu einem „Drogenmafia-Staat“ geworden, stellte Ashraf Ghani, der erste Kabuler Finanzminister im Kabinett von Abdul Hamid Karsai fest. Von dem einfachen Bauern angefangen bis zur Familie des Präsidenten Karsai sind alle am Drogengeschäft beteiligt. (...) Also verwundert es nicht, daß der „Kampf gegen den Drogenanbau“ unter Federführung der Briten auf ganzer Linie gescheitert ist. Die Anbaufläche stieg um 59% und 2006 gab es die größte jemals in Afghanistan eingebrachte Opiumernte, sie lag um 2000 Tonnen höher als im Vorjahr und erreichte sagenhafte 6100 Tonnen! (...)

Ein Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet hingegen kaum statt. Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 75%. mancherorts, vor allem in Osten und Süden sogar 90%. So erklärt sich, daß dort bereits 80% der Bevölkerung mit den Taliban sympathisieren. Das von der UN in Millionenhöhe unterstützte Rückkehrprogramm für afghanische Flüchtlinge muß deswegen scheitern, weil diese weder Arbeit noch Unterkunft finden. Die im Rahmen der Demobilisierung 50 000 freigesetzten Kämpfer der Warlords mehrten nicht nur zusätzlich das Heer der Arbeitslosen, sondern sind zu einem Faktor von Destabilität, Kriminalität und Unruhe geworden. (...) Die logische Folge ist, daß die Sicherheitslage so schlecht ist, wie seit Ende des Taliban-Regimes

nicht mehr. Attentate und Angriffe nehmen zu. Bis Juni 2006 wurden schon so viele Anschläge verübt, wie im letzten Jahr insgesamt.

Der Bevölkerung geht es dabei immer schlechter. Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kommt es in den heißen Sommermonaten zu Cholera-Epidemien. Nur eine kleine Minderheit kann sich eine adäquate medizinische Versorgung leisten. Offiziell ist zwar die Behandlung in staatlichen Krankenhäusern kostenlos, aber ohne Bakschisch läuft auch da nichts. Die Mietpreise in der Stadt sind unerschwinglich geworden selbst für diejenigen, die Arbeit haben. Eine weltweit einmalige Korruption macht alle Anstrengungen Einzelner zunichte. (...)

Ein nachhaltiger Wiederaufbau, der der gesamten Bevölkerung zugute kommt, muß erste Priorität haben. Die Hunderte Milliarden Dollars, auf diversen internationalen Geberkonferenzen dem Land versprochen und auf einem Sonderkonto bei der Weltbank geparkt, fließen über die 2500 in Kabul stationierten und mit allen Vollmachten ausgestatteten „Non Governmental Organizations“ (NGO) in die Geberländer zurück. Sie fungieren faktisch als Ersatzregierung und zerstören die afghanische Wirtschaft noch weiter. Einheimische Unternehmen erhalten von ihnen kaum Aufträge. Als der aus Frankreich delegierte Planungsminister, Ramasan Baschardost, der die NGOs als „neue Al Qaeda“ bezeichnet hatte, sich deren Auftragsbücher anschauen wollte, wurde er von Karsai entlassen. Da die NGOs in Afghanistan in Geld schwimmen, machen sie den täglichen Lebensbedarf der Afghanen unbezahlbar. Sie rauben dem Land sogar die Fachkräfte, indem sie Lehrer, Ingenieure, Ärzte usw., die von ihrem Gehalt nicht leben können, als Fahrer, Wächter, Türsteher gar als Zuhälter engagieren.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der Hinwendung zu einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den industriell entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation. (...)

Als NATO-Protectorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft. Auch die Erweiterung des Bundeswehr-Engagements nach Süd-Afghanistan und der von Scharping bis Jung immer vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Einsatz des Kommandos Spezialkräfte (KSK), das seit Ende 2001 in Afghanistan im Einsatz ist und von dem jeweils nur scheinbar die Wahrheit ans Licht kommt, werden an der Sicherheitslage nicht viel ändern. Sollte die Bundeswehr künftig offen in Kämpfe mit dem Widerstand verwickelt werden, wird mit dem Mythos der angeblichen Beliebtheit der Deutschen bei den Afghanen aufgeräumt werden. Schon die bisherigen Anschläge auf Bundeswehrsoldaten legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Die waffentechnologische Überlegenheit der NATO in Afghanistan führt nur zu einer zunehmenden Barbarisierung des Krieges. Auch die widerlichen Fotos von Leichenschändungen bei Kabul durch Soldaten der Bundeswehr bestätigen dies. (...)

Die NEOCONs und ihre Strategie sind nicht nur im Irak, sondern auch in Afghanistan gescheitert. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Militärdoktrin. Gerüchte über Geheimverhandlungen mit dem Widerstand über ein Ende der Gewalt in Afghanistan sind schon in Umlauf. In Kabul wird seit geraumer Zeit hinter vorgehaltener Hand über die Ablösung von Karsai gesprochen. In Afghanistan haben die alten Imperialmächte in der Vergangenheit keine Siege erringen können. Auch die neuen werden sich nicht auf Dauer am Hindukusch etablieren können.

Widersprüche im „neuen Imperialismus“

aus: Frank Deppe u.a. (2004): Der neue Imperialismus. Heilbronn. S.132-133.

[...] Schließlich nimmt der Antiamerikanismus in der gesamten arabisch-islamischen Welt kontinuierlich zu. Die Gründe dafür liegen in den zahlreichen Demütigungen dieser Staaten durch die westliche (und vor allem die US-amerikanische) Politik sowie in der Rolle der USA im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sowie den arabischen Staaten. Auf der anderen Seite wuchs der Einfluß der Religion und Ideologie des Fundamentalismus, dessen historische Wurzeln weit zurückreichen, aus den inneren Widersprüchen der arabischen Staaten selbst. Die weit verbreiteten - und immer mehr religiösfundamentalistisch aufgeladenen - Ressentiments, die auch den islamischen Terrorismus leiten, sind nicht neu, aber sie haben in der Zuspitzung des «Kampfes der Kulturen» (Huntington) erheblich an Gewicht gewonnen. Darin wird schon deutlich, daß die Kritik an den USA - auch wenn sie sich der Sprache des Antiimperialismus bedient - keineswegs durchgängig als progressiv - als Kritik einer partikularen Herrschaftsform bzw. als Aufschrei der Unterdrückten und Entrechteten - bezeichnet werden kann. Schon der europäische (und vor allem der deutsche) Faschismus hatte das «Feindbild Amerika» - auf der Basis seiner rassistischen Ideologie - mit der weltweiten Vorherrschaft des Finanzkapitals und des Judentums identifizieren wollen. Auch jener islamische Fundamentalismus, der dem «Westen» den Krieg erklärt - und dabei zentrale Elemente der Menschenrechte, der Demokratie, der Gleichheit der Geschlechter, der Trennung von Kirche und Staat sowie der sozialen Emanzipation radikal negiert - gehört ganz eindeutig in die Kategorie des reaktionären Antiamerikanismus. Maßstab für die «Kritik des US-Imperialismus» muß stets deren Anschluß- und Bündnisfähigkeit gegenüber der demokratischen und progressiven Bewegung in den USA selbst sein.

Antiimperialismus gestern und heute

aus: ebd.: S.141-143 u. 146-147.

[...] Obwohl schon vielfach ein «neuer Internationalismus» bejubelt wird, sollte nicht übersehen werden, daß sich die theoretische und praktische Kritik des Projektes wie der Politik der imperialistischen Globalisierung erst in einem Konstitutionsprozeß befindet, der zugleich an die verschiedenen Träger und Subjekte dieser Bewegungen enorme Lernanforderungen stellt. Der «alte Antiimperialismus» argumentierte mit der Gewißheit, daß die Arbeiterklasse (und ihre Organisationen) letztlich die «historische Mission» der Überwindung des Kapitalismus erfüllen und daß sich damit auch der Traum von einer Welt frei von Ausbeutung, Klassen, Rassismus und Krieg als reale historische Möglichkeit erweisen werde. Die antiimperialistischen Bewegungen der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts waren ebenfalls von der Überzeugung getrieben, daß nach dem Zusammenbruch der alten Kolonialreiche nunmehr vom «Trikont» (der Peripherie in Afrika, Asien und Lateinamerika) ein revolutionärer Druck ausgehen werde, der schließlich auch – gestützt durch die Macht des «sozialistischen Staatensystems» um die Sowjetunion – den Imperialismus stürzen kann. So wurde von vielen noch in den 70er Jahren die Bedeutung des Sieges der vietnamesischen FNL über den mächtigen US-Imperialismus gesehen. Solche Gewißheiten wurden in den vergangenen Jahrzehnten zutiefst erschüttert – und der neue Antiimperialismus wird sich nicht der Aufgabe entziehen können, die Gründe für dieses historische Versagen – des «realen Sozialismus» wie der «antiimperialistischen Bewegungen» in der Dritten Welt – genau zu klären. Die

Anhänger der marxistisch-leninistischen Imperialismus-Theorien neigten stets dazu, die Rolle der Arbeiterklasse in den Metropolen für den Kampf zur Überwindung des Imperialismus zu übertreiben. Gleichzeitig haben sie oftmals vorschnell nichtproletarische Sozialbewegungen auf dem Lande als traditionalistisch oder sogar als gegenrevolutionär disqualifiziert. [...]

Angesichts dieser Erkenntnisse wird auch das Konzept eines gegenhegemonialen «Blockes antiimperialistischer Kräfte und Bewegungen» neu zu konzipieren sein: ohne die alten Führungsansprüche, aber mit einer Programmatik und Organisation, die in der Lage ist, die Heterogenität der Interessen zu schützen, aber gleichzeitig deren Vielfalt zur politischen Kraft zu bündeln. In der Ausarbeitung und Umsetzung einer solchen Programmatik, die die Bereitschaft zur kritischen Analyse des heutigen Imperialismus und seiner Widersprüche mit der Fähigkeit zur Kommunikation zwischen den verschiedenen Politikebenen verbindet, liegt eine wichtige Aufgabe der kritischen Intellektuellen in der Gegenwart.

Die Kraft der antiimperialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert wird also – vor allem in der Konstitutionsphase – davon abhängen, wie sie Fehler vergangener Kampfepochen korrigieren, dabei gleichzeitig die Heterogenität/Autonomie verschiedener Bewegungen und deren Selbstverständnis als positive Handlungspotentiale akzeptieren. Dies schließt auch den Abschied von dogmatischen Organisations- und Avantgardekonzepten ein, die sich als Restbestände einst mächtiger Traditionen revolutionärer Politik erhalten haben. Soziale Bewegungen werden in ihrer eigenen Entwicklung immer wieder mit der Aufgabe konfrontiert sein, wie sie sich im politischen Raum organisieren und artikulieren; denn die Organisation politischer Macht zur Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch den Staat (und über den Staat hinaus) ist nun einmal nicht dadurch zu verändern, daß sie schlicht ignoriert wird. Im politischen Raum der repräsentativen Demokratie werden diese Bewegungen - sofern sie Erfolge haben - immer wieder - gleichsam gesetzmäßig - durch den «Kampf zweier Linien» zerrissen werden: auf der einen Seite die «Realos», die durch die Beteiligung an der Macht eigene Forderungen wenigstens teilweise durchsetzen wollen, auf der anderen Seite die sog. «Fundis», die für eine konsequente Opposition und Kritik eintreten, die letztlich auch Vorbereitung für einen Systemwechsel sein könnte. [...]

Die Debatte über den «neuen Imperialismus» und den Antiimperialismus befindet sich erst in ihren Anfängen. Sie wird dabei mit zahlreichen Widersprüchen und demnach auch mit einer Vielfalt offener Fragen konfrontiert. Dazu gehört auch, daß in der Epoche nach dem Ende des Kalten Krieges scheinbar sichere Kriterien für die gleichsam klassischen Unterscheidungen von «Freund und Feind» (die die älteren antiimperialistischen Bewegungen motivierten) fragwürdig geworden sind. Die Gründer neuer Staaten im Verfall der alten Vielvölkerstaaten sind in der Regel machtbesessene Nationalisten, die vor der Entfesselung von Kriegen nicht zurückschrecken und dabei auch gerne den Segen der wiedererstandenen «Staatskirchen» in Anspruch nehmen – auf der anderen Seite agieren die alten Machthaber, die mit Gewalt die territoriale Souveränität des Landes aufrechterhalten wollen, keineswegs im Namen eines Prinzips des historischen Fortschritts oder der Humanität, sondern folgen ebenfalls dem Prinzip der Machterhaltung mit allen Mitteln. Solche gewaltförmigen Konstellationen sind Konstellationen der Barbarei, die sich im neuen Imperialismus immer weiter ausbreiten. Sie manifestieren sich in den Massenmorden, Mißhandlungen der Zivilbevölkerung wie die Vergewaltigung von Frauen und anderen Schandtaten auf beiden Seiten.

Die Spirale der Barbarei dreht sich mit der militärischen Eskalation von Konflikten weiter. Der Angriff der USA und Großbritanniens hat den Irak in ein Schlachtfeld

verwandelt, auf dem der illegitime und - bezogen auf die Normen des Völkerrechtes, aber auch bezogen auf die Opfer und Verwüstungen, die er angerichtet hat – verbrecherische Krieg mit terroristischer Gegengewalt konfrontiert wird, die ungeheuer grausam und menschenfeindlich ist, aber auch die Militärmaschine der USA, die sich als unbesiegbar wähnt, in große Schwierigkeiten zu bringen vermag. Die Anstifter des Krieges (Bush und Blair) begründeten den Krieg jetzt mit einem Phänomen, das sie selbst erst erzeugt haben. Gleichwohl wird diese Gegenbewegung kaum als Befreiungskampf gelten können, weil der von ihr praktizierte Terrorismus völlig gleichgültig gegen seine Opfer wird und ihre Ziele rückwärtsgewandt sind; d.h. auf neue – religiös legitimierte – Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse zielen, die mit den Inhalten der Befreiungsbewegungen der Neuzeit nichts zu tun haben. Die Kapitulation der Intellektuellen wird freilich dann zum Skandal, wenn sie glauben, sich angesichts dieser Barbarei auf die Seite der Herrschenden in den USA schlagen zu müssen. Intelligenter Antiimperialismus muß stark genug sein, den wirklichen Anspruch der Emanzipation auch zwischen den Fronten zu vertreten.

Andere Sichtweise. Alles Antiimperialismus. Oder was?

Leserbrief von Leo Mayer in UZ vom 02.02.07.

In Beirut luden die islamistische Hisbollah und die Libanesisch-Kommunistische Partei zu einer „Internationalen Konferenz zur Unterstützung des Widerstandes“ ein. In Caracas trafen sich Hugo Chávez und der Präsident des Iran, Mahmud Ahmadinedschad, der bei diesem Treffen von Ungerechtigkeit und Armut in den Entwicklungsländern als dem „Werk der Supermacht“ sprach. Zwei Beispiele, wie sich im Antiimperialismus feindliche Gegensätze verkörpern und auch berühren. Wenn Chávez den fortschrittlichen Antiimperialismus verkörpert, so stehen Ahmadinedschad, die Hisbollah oder die Hamas, die den Gottesstaat nicht nur gegen die kapitalistische Globalisierung und die Dominanz des US-Imperialismus, sondern auch gegen den Sozialismus errichten wollen, für die reaktionäre Möglichkeit des Antiimperialismus. Aber leider ist es nicht mehr so, wie Karl Marx im Kommunistischen Manifest über den „reaktionären Sozialismus“ schrieb, dass das Volk „die alten feudalen Wappen erblickte und sich mit lautem und unehrerbietigen Gelächter verlief“. Hisbollah und Hamas sind zum Symbol des nationalen Widerstandes geworden. Nicht zuletzt war es der von den USA unterstützte Krieg Israels gegen den Libanon, der zum ersten Mal die verfeindeten Gruppen des Libanon gegen Israel vereint, um die Hisbollah zusammengeschlossen und ihren Führer Hassan Nasrallah zum unbestrittenen Helden der arabischen Welt gemacht hat. Heute wird in der arabischen Welt der Wunsch nach Befreiung und einem menschenwürdigen Leben durch die islamistischen Kräfte verkörpert und dadurch aber gleichzeitig auch verhindert. In der gesamten Geschichte des modernen Nationalismus und der nationalen Befreiungsbewegungen hat es einen ständigen harten Kampf zwischen diesen Gegensätzen gegeben: auf der einen Seite die dem Projekt der Aufklärung, gleichen Bürgerrechte und nationaler Selbstbefreiung verbundenen Kräfte; auf der anderen die rückwärtsgewandten, auf Identität und Rasse bezogenen, religiös fanatischen Nationalismen. Mit dem sozialistischen Lager und der Ausstrahlung der sozialistischen Idee im Rücken konnten die fortschrittlichen Kräfte die Hegemonie im antiimperialistischen Kampf erringen. Heute müssen wir erleben, dass nach der Niederlage des Sozialismus auch das national-bürgerliche Projekt der nationalen Befreiung gescheitert ist. Diese Niederlage des Sozialismus und des Projektes der Aufklärung hinterlässt notwendigerweise ein Vakuum und hat zu einem Aufschwung der auf Rasse oder Religion basierenden Ideologien und politischen Organisationen geführt.

Die Herstellung irdischer Gerechtigkeit wird nur noch von Gott erwartet. Es ist eine Tragödie, dass es Hisbollah und Hamas sind, die heute für den nationalen Widerstand gegen die Aggression Israels und des US-Imperialismus stehen. Denn dieser Antiimperialismus ist „reaktionär-feudalistisch, anti-zivilisatorisch, nicht nur frauen- sondern insgesamt menschenfeindlich“. (*Hans Peter Brenner, Marxistische Blätter 6-2006*) Dort wo diese Kräfte an die Regierung kommen, führt dies zur Etablierung brutaler theokratischer Diktaturen. Deshalb darf sich die Linke nicht von der Devise leiten lassen, dass der Feind meines Feindes mein Freund und Verbündeter ist.

Die Kommunisten und die Linke sind darauf angewiesen, einen dritten Block in diesem Konflikt zu stärken, nämlich diejenigen Kräfte, Parteien und Bewegungen, die sowohl die imperialistische Aggression und Unterdrückung bekämpfen, sich gleichzeitig aber auch reaktionären, fundamentalistischen Bewegungen entgegenstellen, weil sie sich Emanzipation und gesellschaftlichen Fortschritt auf ihre Fahnen geschrieben haben. Solidarität, Unterstützung und Parteibeziehungen kann es nur mit diesen fortschrittlichen Kräften geben.

Auf einem anderen Blatt steht, dass es das unbestrittene Recht eines jeden Volkes ist, seine politischen Vertreter selbst zu bestimmen. Der politische Dialog muss mit allen politischen Kräften geführt werden, die der US-amerikanischen bzw. israelischen Aggression widerstehen und ohne die es keine politische Lösung des Konfliktes im Mittleren Osten geben kann; also auch mit Hamas und Hisbollah.